Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł. mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł. vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — **Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz.Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 6 — **Bromberg, Mittwoch, den 10. Januar 1934** — **58. Jahrg.**

Selbstmord Staviskis

Zahlreiche führende Franzosen atmen auf.

Der Riesenbetrüger Staviski, der Barmat Frankreichs, hat am Montag in einer von ihm gemieteten Villa in Chamonix einen Selbstmord verübt, indem er sich eine Kugel durch den Kopf jagte. In der Nacht zum Dienstag ist Staviski seinen schweren Verletzungen erlegen.

Staviski, dessen Spur am Sonntag in der Gegend von Chamoni aufgenommen wurde, hatte sich in dem Wintersportort eine Villa gemietet, die am Montag von den Pariser Polizeikommissaren ausfindig gemacht werden konnte. Am Montag mittag stellten sich Beamte in der Villa ein und versuchten vergebens, sich Einlaß zu verschaffen. Auf mehrmaliges Klopfen hörten sie plötzlich in einem Zimmer einen Schuß fallen. Als sie die Tür aufbrachen, fanden sie Staviski mit einer Kopfwunde bewußtlos auf dem Fußboden liegen.

Man scheint in Paris offenbar nicht allgemein davon überzeugt zu sein, daß Staviski wirklich selbst seinem Leben ein Ende gab. So schreibt z. B. ein französisches Blatt, „man habe einen Selbstmordversuch vorgetäuscht, aber wie der Selbstmord des Barons Reinac nicht den Panama-Skandal verhindert hat und ebenso wie der Selbstmord des Obersten Henry die Dreyfuß-Affäre nicht zu vertuschen vermochte, dürfte auch der sogenannte Selbstmord Staviskis nicht den Bayonner Skandal vertuschen.

Mit dem Selbstmord Alexander Staviskis, dem finanztechnischen Hauptthelden des Skandals der Bayonner Kommunalbank, scheidet der Mann aus dem Spiel, ohne dessen Vernehmung vermutlich über die letzten Einzelheiten des Skandals kaum jemals volles Licht gebracht werden kann, der aber im Grunde, nachdem der Bürgermeister von Bayonne verhaftet worden ist, für die wirkliche Aufklärung des Falles als Schuldiger bereits in die zweite Linie getreten war. Staviski war der Sohn eines russischen Zahnarztes, der vor dem Kriege nach Frankreich eingewandert war. Er hat ein Alter von 48 Jahren erreicht. Sein Lebenslauf war der eines typischen Betrügers und Hochstaplers vom ersten Tag seines Auftretens in Gesellschaft und Wirtschaft an.

Das Pariser „Oeuvre“ bringt in zwei nebeneinanderliegenden Spalten zwei Aufstellungen, die für den Staviski-Skandal in seinen Auswirkungen charakteristisch sind. Auf der Linken verzeichnet das Blatt die von Tag zu Tag sich vermehrende Summe der erschwindelten Millionen. Am 30. Dezember beginnt diese Tabelle mit 60 Millionen. Bis zum 4. Januar ist sie bereits auf 650 Millionen geklettert. „Fortsetzung folgt“ bemerkt dazu lakonisch das Blatt. Auf der rechten Spalte sind die Namen der Interpellanten verzeichnet, die den Ministerpräsidenten über eine Reihe höchst unangenehmer Dinge um Auskunft ersuchen werden. Bei vier von ihnen gibt das „Oeuvre“ den Inhalt der Interpellationen an, von einem fünften Abgeordneten teilt sie mit, daß er sich telegraphisch auf die Interpellantenliste habe setzen lassen, und dann folgt auch hier die Schlußbemerkung: „Fortsetzung folgt“.

In der Tat wuchs der Kreis der durch den Finanzskandal Kompromittierten von Tag zu Tag. Der Kolonialminister **Dalimier war nicht mehr zu halten**; denn inzwischen sind in seinem Ministerium zwei Briefe aufgefunden worden, die eine direkte Empfehlung der Bonds des Credit Municipale in Bayonne an eine Reihe von Versicherungsgesellschaften enthalten. Dalimier hat zwar zu Chautemps gesagt, daß einer seiner Direktoren diese Briefe auf eigene Verantwortung geschrieben habe; aber da sie seine Unterschrift tragen, kann er sich von der Verantwortung nicht befreien. Mittelbar sind jetzt auch der Finanzminister Bonnet und der Luftfahrtminister Cot in die Affäre verwickelt worden; denn in beiden Ministerien ist der Rechtsanwalt Pierre Guihoud-Ribaud tätig, von dem jetzt festgestellt worden ist, daß er von Staviski ein monatliches Gehalt bezogen habe. Auch die früheren Minister Durand und Renault werden der Mithelferschaft beschuldigt. Aber auch in den Reihen der Abgeordneten, vor allem der radikal-sozialen Partei, befinden sich mehrere, deren enge Beziehungen zu Staviski jetzt festgestellt worden sind. Die Stellung des Abgeordneten Garat, des Bürgermeisters von Bayonne und Aufsichtsratsvorsitzenden, ist so unhaltbar geworden, daß nicht nur seine Absetzung, sondern auch seine Verhaftung bevorsteht. Auch ein persönlicher Freund des Ministerpräsidenten, der Pariser Abgeordnete Bonnaure, hat sich mit Staviski offensichtlich recht tief eingelassen. Es hat sich nämlich jetzt herausgestellt, daß er nicht nur sein Rechtsbeistand gewesen ist, sondern daß er ihn auch nach Budapest und nach Stresa begleitet hat, um ihn in den Kreisen der internationalen Diplomatie bekannt zu machen. Außerordentlich dunkel ist aber auch die Angelegenheit des früheren Botschafters beim Vatikan de Fontenay, der an der Spitze einer Gesellschaft steht, die von Staviski gegründet und mit Hilfe seiner Beziehungen betreut worden war. Die radikal-sozialistische „Volonté“ hat sich inzwischen buchstäblich ins Mauseloch verkrochen, nachdem die übrige Pariser Presse es aller Welt mitgeteilt hat, daß der Besitzer und Direktor der „Volonté“ Dubarry, den Anzeigenteil seiner Zeitung an Staviski verpachtet hat.

Damit scheint aber der Kreis aller derer, die mit Staviski in Beziehungen, wenn nicht gar in finanzieller Abhängigkeit von ihm gestanden haben, noch längst nicht erschöpft zu sein. Man kann dies daraus schließen, daß die Pariser Blätter geradezu wimmeln von Erklärungen, Entschuldigungen und Richtigstellungen aller nur möglichen Politiker und Finanzleute. Wie wird das erst werden, wenn die bei Staviski beschlagnahmten Papiere gesichtet und veröffentlicht worden sind. Es ist jedenfalls durchaus zu begreifen, daß sich die öffentliche Meinung Frankreichs in heller Aufregung befindet. Angesichts der einhelligen Empörung, die im ganzen Lande herrscht, konnte Chautemps nicht anders handeln, als daß er strengste und energischste Maßnahmen angeordnet hat, vielleicht zum Entsetzen seiner Freunde, die von ihm eine Vertuschungsaktion erhofft haben mögen. Jedenfalls wird der Ministerpräsident einen schweren Stand im Parlament haben.

*

Umbildung des französischen Kabinetts.

Paris, 9. Januar. **Im Zusammenhang mit der Untersuchung der Staviski-Affäre ist der französische Kolonialminister Dalimier zurückgetreten.** Der durch diesen Rücktritt frei gewordene Posten wird nach allgemeiner Auffassung dem Arbeitsminister Lamoureux übertragen werden, während der Minister für die Handelsmarine Frot das Arbeitsministerium übernehmen und selbst durch den Unterstaatssekretär im Innenministerium Bertrand ersetzt werden dürfte. Der halbamtliche „Petit Parisien“ spricht von der Möglichkeit einer großen Kabinettsumbildung.

*

Wird Herriot Außenminister?

Paris, 9. Januar. (PAT) Nach der Kabinetts-Sitzung begab sich Ministerpräsident Chautemps nach dem Elysée-Palast, um dem Präsidenten der Republik Bericht zu erstatten. Am Dienstag tritt der Ministerrat in voller Zusammensetzung zusammen.

Vor der Sitzung des Kabinettsrats war das Gerücht im Umlauf, daß Ministerpräsident Chautemps beabsichtige, sich die Lage zunutze zu machen, um Änderungen nicht allein auf dem Posten des Kolonialministers, sondern auch in der Besetzung von drei oder vier weiteren Portefeuilles durchzuführen. In politischen Kreisen erzählt man sich, daß **eine Änderung auch auf dem Posten des Außenministers** eintreten würde, **den Herriot übernehmen dürfte. In diesem Falle würde Paul-Boncour Justizminister und Vize-Ministerpräsident werden.** Der bisherige Justizminister Rainald würde eines der technischen Ministerien übernehmen. Weiter heißt es, daß das Ministerium für Kolonien von einem Senator besetzt werden soll.

Allgemein wird behauptet, daß die Änderung im Kabinett in sehr kurzer Zeit durchgeführt werden und daß Ministerpräsident Chautemps sich der Kammer schon an der Spitze der neuen Regierung vorstellen wird.

Finnland lehnt ab!

In dem auszugsweise bereits gestern von uns wiedergegebenen Leitartikel des führenden finnischen Blattes **„Uusi Suomi“**, der sich mit der **russisch-polnischen Aktion im Baltikum** befaßt, heißt es u. a.:

Die Fürsorge Rußlands und Polens unseretwegen und wegen des Schutzes unserer Selbständigkeit ist in Wirklichkeit viel größer, als wir es selbst für notwendig und wünschenswert halten. Wir haben mit Rußland einen Nichtangriffspakt abgeschlossen und wir bitten von Rußland nichts anderes, als daß es diesen Pakt auch loyal einhält. **Leider können wir jedoch nicht, was Finnland betrifft, die Behauptung Litwinows bestätigen, daß das Vertrauen in die Aufrichtigkeit des sowjetrussischen Friedenswillens hier in der letzten Zeit gefestigt worden sei. Leider steht die Sache gerade umgekehrt.** Wäre es doch unnatürlich, wenn die Aufdeckung der in Finnland geführten Spionage und der im Zusammenhang damit ausgeführten niederträchtigen Verbrechen uns nicht gezwungen hätten, ernstlich daran zu denken, daß zum Schutz unserer Selbständigkeit mehr verlangt werden muß als Verträge, Deklarationen und Beteuerungen. Die einzige innere politische Erscheinung, die sich für unsere politische Unabhängigkeit gefährlich gestalten könnte, ist die **landesverräterische Tätigkeit der Kommunisten.** Wir sind der Auffassung, daß die Sowjetrussische Regierung ihr Teil dazu beitragen könnte, um dieser Tätigkeit ein Ende zu machen. Eine solche Maßnahme würde unser Vertrauen in die Aufrichtigkeit des Friedenswillens Sowjetrußlands unvergleichlich mehr stärken als zehn Reden und Deklarationen. **Wir haben jedoch unsererseits beschlossen, dieser Tätigkeit ein Ende zu machen ohne auswärtige Hilfe; so daß die auswärtigen Staaten auch dieser Angelegenheit wegen keinen Grund zu einer besonderen Sorge um die Erhaltung unserer Selbständigkeit zu haben brauchen.**

Von Polen bitten wir nichts anderes, als daß es solche Verträge, die unsere Lage erschweren oder schwächen könnten, sowie unnötige Deklarationen vermeide. In bezug auf die Erhaltung unserer Selbständigkeit haben wir namentlich mit Polen große gemeinsame Interessen. Doch ist es uns angenehm, wenn Polen im Falle einer Bedrohung unserer Selbständigkeit, sich mit uns direkt über die Lage und die zu ergreifenden Maßnahmen in Verbindung setzen würde.

„Ajan Suunta“ schreibt in derselben Angelegenheit: Was unser Land betrifft, so muß betont werden, daß finnischerseits keinerlei Grund vorliegt, die „Freundschaft“ Sowjetrußlands ernst zu nehmen. Es ist verständlich, daß Finnland einen negativen Standpunkt einnimmt, solange Sowjetrußland sein bisheriges weltrevolutionäres Programm hegt.

Vorzeitige Abreise Becks nach Genf.

Warschau, 9. Januar. (PAT) Außenminister Josef Beck wird sich wahrscheinlich schon heute nach Genf begeben. Seine vorzeitige Abreise steht im Zusammenhange mit seiner Übernahme des Vorsitzes im Völkerbundrat. Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, daß sich der Minister mit den Fragen bekannt macht, die auf der Tagesordnung der kommenden Völkerbundsitzung stehen.

Die für den heutigen Dienstag nachmittag 4 Uhr anberaumte Sitzung des Hauptausschusses des Senats, in der Außenminister Beck über die außenpolitische Lage Bericht erstatten sollte, ist infolge der früheren Abreise des Außenministers nach Genf auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses dürfte unmittelbar nach seiner Rückkehr, also etwa Ende des Monats, stattfinden.

Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Deutschland an erster Stelle.

Aus der soeben veröffentlichten Arbeitslosenstatistik des Internationalen Arbeitsamtes für das letzte Vierteljahr 1933 geht hervor, daß sich die Lage auf dem internationalen Arbeitsmarkt weiter gebessert hat. Verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres ist in 20 Staaten ein Rückgang der Arbeitslosigkeit festzustellen. An erster Stelle steht dabei Deutschland. Die Statistik der deutschen Arbeitslosenversicherung verzeichnet im Dezember 1933 3 714 107 Arbeitslose gegen 5 355 428 Arbeitslose im Dezember 1932. In Österreich ist die Arbeitslosigkeit von 329 707 im Dezember 1932 auf 300 426 im Dezember 1933 zurückgegangen, in Großbritannien von 2 849 025 auf 2 308 779, in Dänemark von 112 506 auf 90 389, in Holland von 161 000 auf 152 000, in Danzig von 35 507 auf 25 486, im Saargebiet von 41 962 auf 37 196, in Frankreich von 293 816 auf 286 882 und in Italien von 1 038 757 auf 1 006 215 Auch in Australien, den Vereinigten Staaten, Japan, Belgien, Kanada, Chile, Estland, Finnland, Ungarn, Irland, Lettland, Portugal, Rumänien und Südslawien hat die Arbeitslosigkeit wesentlich abgenommen.

Zugenommen hat die Arbeitslosigkeit in Norwegen, Bulgarien, Neuseeland, Palästina, Polen und der Tschechoslowakei. Auch in der Schweiz ist die Arbeitslosenziffer von 109 847 im Dezember 1932 auf 137 457 im Dezember 1933 gestiegen.

Vier Danzig-polnische Streitfragen erledigt.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 8. Januar.

Auf Grund mündlicher Verhandlungen zwischen den Regierungen von Polen und Danzig sind zwei vor dem Hohen Kommissar schwebende Streitfälle friedlich beigelegt worden. In dem einen Falle handelt es sich um die Freistellung eines dem polnischen Staatsfiskus gehörigen Grundstücks von der Grundwertsteuer, in dem anderen um die Erhebung eines Gesellschaftsstempels für die frühere Danziger Niederlassung der polnischen transatlantischen Schiffahrtsgesellschaft in Gdingen. In dem einen Falle wird auf die Steuer verzichtet, in dem anderen wurden die Anträge auf Entscheidung zurückgezogen. Beide Regierungen haben sich dabei aber ihren Rechtsstandpunkt grundsätzlich vorbehalten. In zwei anderen Danzig-polnischen Streitfragen hat der in den nächsten Tagen die Freie Stadt verlassende Hohe Kommissar des Völkerbundes Helmar Rosting noch kurz vor Toresschluß Entscheidungen gefällt. Es geht in beiden Fällen um

die Tätigkeit von polnischen Zollinspektoren auf Danziger Gebiet.

In dem ersten Falle hatte Polen am 9. März 1933 einen Antrag an den Hohen Kommissar des Völkerbundes gerichtet, zu entscheiden, „daß die polnischen Zollinspektoren, die gemäß Art. 14 des Pariser Vertrages an der Überwachung des Zolldienstes auf dem Danziger Gebiet teilnehmen, nicht der Gerichtsbarkeit der Danziger Gerichte unterstehen, soweit es sich um Handlungen, die sie im Auftrage ihrer Amtstätigkeit ausführen, handelt“. Der Hohe Kommissar hat demgemäß entschieden, aber hinzugefügt: „in den anderen Fällen unterliegen diese Inspektoren als Personen, die auf dem Gebiete der Freien Stadt leben, der Gerichtsbarkeit dieser Gerichte“. **In dem**

zweiten Falle hatte die Danziger Regierung unter dem 24. April 1933 beantragt, folgende Entscheidung zu geben: „Die Polnische Regierung hat die rechtskräftige Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes vom 23. 5. 1923 dadurch verletzt, daß sie Personen, die nicht oder nicht ausschließlich mit diplomatischen Geschäften betraut sind, auf die Liste des Personals des diplomatischen Vertreters der Republik Polen in Danzig gesetzt hat.

Polnische Zollinspektoren sowie andere Personen, die nicht ausschließlich mit diplomatischen Geschäften betraut sind — mit Ausnahme des Leiters des polnischen Post- und Telegraphendienstes in Danzig und des Obersten polnischen Zollinspektors in Danzig — erwerben durch die Aufnahme in die Liste des Personals des diplomatischen Vertreters keine diplomatischen Rechte."

Der Entscheidungsspruch des Hohen Kommissars in dieser Angelegenheit hat folgenden Wortlaut:

„Die polnischen Zollinspektoren in Danzig dürfen nicht auf die Liste des Personals mit diplomatischem Charakter, die von dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig aufgestellt ist, gesetzt werden, mit Ausnahme des Obersten Inspektors, wie dies im Abkommen vom 17. Mai 1922 vorgesehen ist."

Diese Entscheidung beeinträchtigt in keiner Weise die den polnischen Zollinspektoren auf dem Gebiet der Freien Stadt durch das Abkommen vom 17. Mai 1922 (ergänzt durch die Entscheidung des Hohen Kommissars vom 23. Mai 1923 und die Vereinbarung vom 6. Dezember 1923) und durch das Warschauer Abkommen vom 24. Oktober 1921 zugesicherte „Garantie".

Näheres über die Begründung dieser beiden Entscheidungen kann noch nicht mitgeteilt werden, da die in Frage kommenden Stellen noch mit der Übersetzung und Durcharbeitung der verhältnismäßig umfangreichen Entscheidungen befaßt sind. Mit einer kritischen Stellungnahme muß also noch zurückgehalten werden.

*

Rosting in Warschau.

Der aus Danzig scheidende Hohe Kommissar des Völkerbundes, Helmar Rosting, stattete am Montag vormittag in Warschau seine Abschiedsbesuche ab. Der Hohe Völkerbundkommissar machte seine Besuche bei dem Ministerpräsidenten Jędrzejewicz, bei dem Außenminister Beck und dem Unterstaatssekretär im Außenministerium Szembek, worauf er sich in den Empfangsbüchern im Belvedere und im Schloß eintrug. Am Montag nachmittag wurde Herr Rosting von Minister Beck mit einem Frühstück empfangen; abends reiste er wieder nach Danzig ab.

Freier Gebrauch der Muttersprache.

Ein dankenswerter Freispruch

Am Montag, d. 8. d. M., fand vor dem Bezirksgericht in Bromberg die schon wiederholt vertagte Verhandlung gegen Fräulein Heda Fischer aus Gogolinek (Kr. Bromberg) statt. Frl. Fischer war seiner Zeit angezeigt worden, daß sie den deutschen Kindern das deutsche Lesen und Schreiben bei gelegentlichen Hausbesuchen beibringe. Gegen die vom Starostwo verhängte Geldstrafe hat Frl. Fischer dann im Bewußtsein ihrer Unschuld gerichtliche Entscheidung beantragt, die gestern zu ihren Gunsten gefällt wurde. Nach Feststellung der Personalien und Verlesung der Vernehmungsprotokolle in dieser Angelegenheit stellte der vorsitzende Richter fest, daß Frl. Fischer 1. ihre Unterrichtstätigkeit nicht regelmäßig ausübe, 2. daß sie niemals mehr als 1—2 Kindern an einem Ort bei der Erlernung ihrer Muttersprache behilflich war und 3. daß sie für ihre Tätigkeit kein Gehalt beziehe.

Daraufhin stellte der Staatsanwalt keinen Strafantrag und Frl. Fischer wurde freigesprochen. Mit den Kosten wurde die Staatskasse belastet.

Wir freuen uns, daß wieder einmal ein Freispruch in einer Sache gefällt wurde, in der viele Stellen wie Gemeindevorsteher, Wojt, Polizeiposten u. a. m. alles andere sehen, aber nicht das Richtige, nämlich den Segen, der darin liegt, wenn ein junges Menschenkind außerhalb der fremdsprachigen Schule im Elternhause seine Muttersprache erlernt und ihm dadurch eines der kostbarsten Güter des Lebens erhalten bleibt.

Wir wollen jetzt am Anfang des Jahres 1934, das unter dem Zeichen der deutsch-polnischen Verständigung stehen soll, nicht die Hoffnung aufgeben daß auch die letzten behördlichen Organe bald den neuen Geist des Friedens und der Verständigung verstehen mögen; denn oft genug haben in diesen Mutterschulangelegenheiten die Richter unseres Staates Freisprüche verkündet. Es ist wirklich nicht nötig, daß durch weitere Anzeigen in dieser Richtung hin deutsche Menschen, die treu ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, immer wieder in Angst und Aufregung gehalten werden, nur weil sie helfen, den jüngsten Gliedern unserer deutschen Volksgemeinschaft ihre Muttersprache zu erhalten.

Kronprinz Wilhelm

Ewiges Preußentum.

Im Januarheft der Zeitschrift „Der Türmer" veröffentlicht **Kronprinz Wilhelm von Preußen** unter obigem Titel folgende Betrachtungen für den inneren Aufbau des Deutschen Reiches.

Das alte, seit 1918 so oft und stets ergebnislos erörterte Problem „Reich und Preußen" drängt sich heute, so schreibt er u. a., unter völlig veränderten Machtverhältnissen von neuen auf. Ohne ins einzelne gehende Vorschläge zur Lösung der Frage machen zu wollen, erscheint mir eins gewiß: Nur eine solche Lösung wird vor der Geschichte einst bestehen können, die den machtvoll erstandenen Willen zur Gestaltung gesamtdeutschen Bewußtseins mit den staatsschaffenden Kräften der Vergangenheit glücklich zu verbinden weiß. Daß in Geist und Tradition des Preußentums die stärkste dieser Kräfte ruht, hat der Führer des neuen Deutschlands an jenem unvergeßlichen Potsdamer Tage bekannt, als er an der Gruft des Großen Königs der Welt sein Programm verkündete.

Was ist es um dieses Preußentum? „Bewundert viel und viel gescholten", ist es zu einem feststehenden historisch-politischen Begriff geworden, ohne daß doch mit diesem Begriff sich immer eine klare Vorstellung von seinem eigentlichen Wesensinhalt verbände. Das Ausland, dessen Verständnislosigkeit gegenüber deutschen Dingen sich gerade in jüngster Zeit wieder so erschreckend gezeigt hat, war mit seinem Urteil stets schnell bei der Hand. Als Unterlage dafür dienten ihm jene leider aus Deutschland selbst stammenden Zerrbilder, mit denen es durch eine volksfremde, von nationalem Verantwortungsgefühl unbeschwerte Presse nur zu bereitwillig versorgt wurde. So entstanden jene Vorstellungen von dem „reaktionären" Preußen mit seinem „Kastengeist", von dem „brutalen Machtstaat", in dem Freiheit, Kultur und Humanität keine Heimstätte besäßen. Die politischen Folgen dieser Meinungsbildung haben wir in der feindlichen Weltpropaganda im Kriege zu unserem Nachteil tausendfältig zu spüren bekommen.

Wir Preußen wissen, was von diesen Urteilen zu halten ist, wissen, daß nur eine völlige Unkenntnis der geschichtlichen Daseinsbedingungen unseres Staates oder böser Wille zu so schiefen Vorstellungen hat verleiten können. Wir wissen z. B., daß auch der sprichwörtlich gewordene „preußische Militarismus" stets nur harte Daseinsnotwendigkeit nie Selbstzweck gewesen ist. Wenn Preußens Könige im 18. Jahrhundert ihrem kleinen, armen Lande die schwere Rüstung auf den schmalen Leib legten, so war diesen „Königen der Grenzen" diese Haltung schicksalhaft vorgeschrieben. Ihnen blieb nur die Wahl, den weit zerstreuten Staatsbesitz wieder zerfallen zu sehen, oder jene Politik tatkräftiger Zusammenfassung anzubahnen, aus der dann die deutsche Aufgabe Preußens immer klarer sich entwickelt hat.

Wir wissen freilich auch, daß der Geist des auf solche Aufgaben und Daseinsbedingungen gestellten, „sich groß hungernden" Staates notwendig ein anderer sein mußte, als in allen übrigen Ländern der Erde. **Preußengeist ist hart und herb, und die Staatsräson war nirgends unerbittlicher als hier.** Bevor Kattes Haupt fiel, ließ ihm sein König sagen, „daß es Sr. Majestät leid täte, aber es sei besser, er stürbe, denn daß die Justiz aus der Welt käme". Nur dieser Staat konnte und durfte von seinen Untertanen jedes, auch das schwerste Opfer unter der Devise der „verdammten Pflicht und Schuldigkeit" fordern.

Wir wissen endlich, daß auch nach 1870 bei allen Feinden des jungen Reiches, drinnen wie draußen, der Haß sich gerade gegen dieses Preußen gerichtet hat, weil man erkannte: Preußen war das stählerne Fundament, auf das der große Kanzler seinen Reichsbau gegründet hatte. Erst die preußische Königsgewalt gab der Kaiserwürde den machtpolitischen Inhalt und Rückhalt.

Wir alle, die wir uns preußischen Geistes fühlen, wußten stets um diese geschichtlichen Gegebenheiten und waren stolz auf die Verpflichtung, die uns aus solcher Tradition erwuchs. Aber erst die große Zeitenwende, die wir jetzt durchleben, läßt uns einen anderen, vielleicht den tiefsten Wesenszug preußischen Staatsgeistes wieder verstehen: **die schöpferische Synthese revolutionärer und konservativer Richtung.** Denn dieser Staat, den man so oft als Hort der „Reaktion" verschrie, ist oft genug in der Geschichte ein kühner Revolutionär gewesen. Stets haben seine Fürsten die schöpferischen Kräfte der Vergangenheit, nie das Gewordene um seiner selbst willen zu erhalten gestrebt. Gerade seine bedeutendsten Herrscher waren Revolutionäre — aus Staatsräson. Als der Große Kurfürst den Einheitsstaat zusammenschweißte, da brach er wohlerworbene Gerechtsame so mancher Territorialstände um des werdenden Staatsganzen willen.

Von bester konservativer Staatsweisheit zeugt andererseits die Art, wie die großen Preußenkönige des 18. Jahrhunderts ihren Adel, nachdem sie seine ständischen Gerechtsame endgültig gebrochen, in den Organismus des neuen Fürstenstaates einfügten und ihn in seinen alten Lebensgrundlagen zu erhalten wußten. Auch der Kampf des Großen Königs gegen die Kaisermacht Habsburgs war, geschichtlich gesehen, eine revolutionäre Tat; man kann das objektiv feststellen, ohne daran moralisierende Betrachtungen zu knüpfen, wie das manche modernen Besserwisser getan haben. Aber nachdem er seinem Staat in diesen Kriegen die Großmachtstellung erstritten, lag dem König nichts ferner als der Gedanke, das geschichtliche Gefüge des Reiches zu vernichten.

Man könnte die Reihe dieser „preußischen Revolutionen" noch fortsetzen. Auch die Stein-Hardenbergschen Reformen gehören zu ihnen. Und die Sozialgesetzgebung des kaiserlichen Deutschlands mit ihrer Umwälzung des sozialen Denkens stellt gleicherweise einen revolutionären Bruch mit der bis dahin allmächtig herrschenden Doktrin der liberalen Wirtschaftsauffassung dar. Gemeinsam ist allen diesen Taten, daß sie „Revolutionen von oben" waren, daß sie in gebändigter Kraft sich vollzogen, daß das Neue, das sie schufen, stets irgendwie organischen Anschluß fand an die festen Formen der staatlichen Tradition.

Adolf Hitlers bisherige kluge Führung bietet die beste Gewähr, daß auch der weitere Auf- und Ausbau unseres Reiches sich in diesem zugleich kühnen und weisen Geiste ewig-preußischer Überlieferung vollziehen wird. Daß auch auf diesem Gebiet seine Politik zum vollen Erfolge führen möge, ist mein innigster Wunsch zum neuen Jahr.

---

126 Witwen und 194 Waisen.

Verhaftungen im tschechischen Gruben-Konzern.

Aus Prag wird gemeldet:

Am Montag wurde der Generaldirektor Löcker der Bergwerksgesellschaft, der unter anderen Gruben auch die Nelsongrube gehört, zugleich mit neun weiteren Beamten dieser Gesellschaft verhaftet. Es wird ihnen zur Last gelegt, die Aufsicht über die richtige Funktion der Sicherheitseinrichtungen der Grube vernachlässigt zu haben. Die Familie des Direktors Löcker soll sich an die Untersuchungsbehörden mit der Bitte gewandt haben, Löcker gegen hohe Kaution auf freien Fuß zu setzen. Über den Antrag soll noch entschieden werden.

Am Montag fand in Ossegg die Beisetzung von 13 Opfern der fürchterlichen Grubenkatastrophe statt. Die Särge mit den Leichen wurden auf dem Marktplatz zur öffentlichen Schau aufgestellt, worauf sich der Trauerzug nach dem Friedhof bewegte. Zahlreiche Delegationen mit ihren Fahnen bildeten Spalier. Mehrere Sonderzüge hatten Tausende von Menschen nach Ossegg gebracht. Zum Zeichen der Trauer waren die Läden in der Stadt geschlossen. Im Augenblick, als sich der Trauerzug in Bewegung setzte, tönten die Sirenen aller Fabriken und Gruben. Die Särge wurden nicht in einem gemeinsamen Grabe, sondern in acht einzelnen und in fünf Familiengräbern beigelegt. An den Gräbern sprachen im Namen der Stadtgemeinde der deutsche Bürgermeister, Bürger, sein tschechischer Stellvertreter Sipl, sowie ein Delegierter der Arbeiterverbände. Sämtliche Gruben im nordwestlichen tschechischen Kohlenrevier waren am Montag geschlossen.

Die so tragisch ums Leben gekommenen Bergleute aus der Grube Nelson III, deren endgültige Zahl amtlich auf 142 Personen angegeben wird, haben 126 Witwen und 194 Waisen hinterlassen. Der Jüngste von den unglücklichen Opfern zählt 21, der Älteste 55 Jahre. An Spenden für die Hinterbliebenen sind bis jetzt zwei Millionen tschechische Kronen eingegangen.

Aus anderen Ländern.

Andorra rüstet auf.

Nach Pariser Meldungen aus der kleinen Republik Andorra soll der Generalrat die Schaffung eines stehenden Heeres beschlossen haben, an dessen Spitze ein Oberbefehlshaber, vier Offiziere und sechs Unteroffiziere gestellt werden sollen. Außerdem trage man sich mit der Absicht, eine Bürgergarde zu schaffen, in der alle jungen Leute, die über die bürgerlichen Ehrenrechte verfügen, Dienst tun sollen. Die Angehörigen des Heeres und der Bürgergarde sollen auf ihren Rockaufschlägen den Wahlspruch tragen: „Rühre mich an, wenn du es wagst!" Diese Devise stammt aus dem Jahre 1819, als Andorra seine Unabhängigkeit erkärte.

Ein Mädchen als Anstifterin des afghanischen Königsmordes

Wie erst jetzt bekannt wird, hat der afghanische Königsmörder, Abdul Chalique, kurz vor seiner Hinrichtung gestanden, daß im Hintergrunde der Tat eine romantische Liebesgeschichte stand. Eine junge Afghanin von außergewöhnlicher Schönheit, die er seit langem liebte, habe ihn zu dem Mord angestiftet. Das junge Mädchen, das inzwischen spurlos verschwunden ist, wollte an dem König Nadir Khan Blutrache üben, weil er vor kurzem ihren Schwager hinrichten ließ. Da sie selbst nicht den Mut hatte, die Tat auszuführen, beschwor sie ihren Liebhaber, der ihr restlos ergeben war, den Mord auszuführen.

Rundschau des Staatsbürgers.

Wichtig für deutsche Rentenempfänger!

Die Polnische Telegraphen-Agentur (PAT) verbreitet folgenden Appell an diejenigen polnischen Staatsangehörigen, die von in Deutschland bestehenden Versicherungsanstalten Ansprüche auf eine Rente haben.

Nachdem am 1. September 1933 das deutsch-polnische Abkommen über die Sozialversicherung in Kraft getreten ist, das beiden Ländern gegenseitige Vorteile sichert, hat jeder polnische Arbeiter und geistige Angestellte, der zu irgend einer Zeit in Deutschland Beiträge für die Invalidenversicherung, knappschaftliche Versicherung oder auch für die Versicherung der geistigen Angestellten gezahlt hat, sich sobald als möglich schriftlich oder persönlich bei folgenden polnischen Institutionen zu melden (Anspruch haben diejenigen, denen eine Rente aus Deutschland bisher nicht zuerkannt wurde und die aus Deutschland nach dem Jahre 1916 nach Polen zurückgekehrt sind):

Sofern die Beiträge zur **Angestelltenversicherung** entrichtet wurden, soll er sich melden bei der Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter in Warschau (Zakład Ubezpieczeń Parcowników Umysłowych w Warszawie),

sofern die Beiträge für die **knappschaftliche Versicherung** gezahlt wurden, soll er sich melden bei der Knappschafts-Versicherungs-Gesellschaft in Tarnowitz (Spółka Bracka w Tarnowskich Górach),

sofern die Beiträge zur **Invaliden-Versicherung** gezahlt wurden, erfolgt die Meldung bei der Invaliden-Versicherungsanstalt in Königshütte (Zakład Ubezpieczenia na wypadek inwalidztwa w Królewskiej Hucie), sofern der Betreffende in Oberschlesien wohnt, und bei der Pensionsversicherungsanstalt für Arbeiter in Warschau (Zakład Ubezpieczenia Emerytalnego Robotników w Warszawie), sofern der Betreffende außerhalb Oberschlesiens seinen Wohnsitz hat.

Zusammen mit den Meldungen haben die Interessenten persönlich oder schriftlich den erwähnten polnischen Institutionen alle ihre Versicherung in Deutschland betreffenden Dokumente zuzustellen (Quittungskarten und ähnliche; sofern es sich um Bergleute handelt, eine Bescheinigung der Grube über die Arbeitsentlassung). Gleichzeitig sind die polnischen Meldestellen über den Termin der Ankunft in Polen und darüber zu informieren, ob sie nach der Rückkehr in Polen versichert waren. Die oben genannten polnischen Institutionen prüfen die mündlich oder schriftlich eingereichten Meldungen und werden, sofern festgestellt wird, daß die interessierten Personen die in dem Abkommen vorgesehenen Bedingungen erfüllen, entsprechende Schritte unternehmen, damit diese Personen die durch die Zahlung der Beiträge in Deutschland erworbenen Rechte wiedererlangen. Sind die Rechte auf diese Weise wiedererlangt, dann werden diese Personen, sofern sie arbeitsunfähig sind oder das entsprechende Alter erreicht haben (sowie im Falle ihres Todes — ihre Familienmitglieder) die deutsche Rente beziehen können, die sie im Falle ihres Aufenthalts in Polen ebenfalls erhalten.

Da die deutschen Versicherungsanstalten vor dem 1. September 1934 im Besitz der Anträge in diesen Fragen sein müssen, haben sich die interessierten Personen an die polnischen Versicherungsanstalten sobald wie möglich zu wenden. **Personen, die sich erst nach dem 15. August 1934 bei den oben genannten polnischen Institutionen melden, können unwiderruflich mit Rücksicht auf die verspätete Anmeldung ihrer Rechte verlustig gehen.** Personen, denen die deutsche Rente bereits zuerkannt wurde, die sie aber infolge ihres Aufenthalts in Polen nicht erhalten, werden sie jetzt beziehen können. Diese Personen haben sich gleichfalls unverzüglich an die oben erwähnten Versicherungsanstalten zu wenden, um sich zu vergewissern, ob und welche Schritte zum Empfange dieser Rente zu unternehmen sind.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 9. Januar 1934.

Krakau — 2,87, Zawichost + 1,68, Warschau + 1,68, Plock + 2,01, Thorn + 1,33, Fordon + 1,51, Culm + 0,91, Graudenz + 1,53, Kurzebrak + 1,74, Pieckel + 1,02, Dirschau + 0,95, Einlage + 2,16, Schiewenhorst + 2,40.

Achtung, Arbeitgeber!

Hierdurch weisen wir nochmals die Arbeitgeber auf die Anzeigepflichten hin, die sie auf Grund des Sozialversicherungsgesetzes bis zum 15. Januar zu erfüllen haben.

Die Arbeitgeber sind danach verpflichtet, spätestens bis zum 15. Januar 1934 an die zuständigen Sozialversicherungsanstalten (d. h. an die bisherigen Krankenkassen) alle Arbeiter, die am 1. 1. 1934 bei ihnen beschäftigt sind, anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob sie bei den zuständigen Versicherungsanstalten vorher schon gemeldet waren. Die Anmeldung muß individuell, d. h. für jeden einzelnen Arbeiter besonders auf dem Formular Nr. 1 erfolgen, das in den Versicherungsanstalten (den bisherigen Krankenkassen) erhältlich ist.

Alle Arbeitgeber, die am 1. Januar 1934 Arbeiter beschäftigen, die der Versicherungspflicht unterliegen, sind verpflichtet, bei der Versicherungsanstalt (d. h der früheren Krankenkasse) ihre Arbeitsstätten bis zum 15. Januar einschließlich auf Formular Nr. 7 anzumelden.

Landwirtschaftlichen Arbeitgebern liegt diese Anzeigepflicht nur ob bezüglich der etwa von ihnen beschäftigten geistigen Arbeiter.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 9. Januar.

Zeitweise heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zeitweise heiteres, tagsüber mildes Wetter, nachts leichten Frost und nach Süd zurückdrehende Winde an.

Bromberg erhält ein viertes Finanzamt?

Wie wir erfahren, soll in Bromberg demnächst ein viertes Finanzamt errichtet werden, welches voraussichtlich in den Räumen der früheren Stadtsparkasse in der Wilhelmstraße untergebracht werden wird. Bekanntlich hat Bromberg drei Finanzämter und zwar eins für den Landkreis, zwei weitere für den Stadtbezirk, die aber infolge der kürzlich erfolgten Übernahme der vom Magistrat verwalteten staatlichen Steuern den gestellten Anforderungen nicht mehr genügen.

Bemerkenswert ist, daß es in Warschau nicht weniger als 37, in Lodz 13 und in Posen 5 Finanzämter gibt.

Von den Steuerzahlern, die bei der Entrichtung ihrer Steuern, Ablieferung von Fragebogen oder sonst dergleichen, in den engen und gedrängt vollen Räumen der Finanzämter, wahre Geduldproben über sich ergehen lassen müssen, wird die Eröffnung eines neuen Finanzamtes sicherlich mit der größten Befriedigung aufgenommen werden.

§ **Wegen 2 Groschen zu wenig gezahlter Steuern** erhielt ein Bürger unserer Stadt eine Mahnung um die Jahreswende 1933. An und für sich hatte er dagegen nichts einzuwenden, wenn — die Izba Skarbowa nicht die unvermeidliche Mahngebühr von 1,50 Złoty daran gehängt hätte. Er begab sich damit zum Amt und nachdem er längere Zeit vor den überfüllten Schaltern vergeblich die Abnahme seiner Schuld forderte, wurde ihm der Rat erteilt, die Zahlkarte zu benutzen. Auf diese Weise entledigte er sich seiner Schuld, die 2 Groschen langten wohlbehalten in der Staatskasse an und dieselbe verzichtete großmütig auf Bezahlung der Mahngebühr. Zur Vermeidung dieser zeitraubenden und kostspieligen Manipulation empfiehlt sich die Einrichtung einer Mankokasse, aus der solche Groschen-Fehlbeträge zu decken wären und der ohnedies stark belastete Amtsschimmel hätte sich einen Gang gespart.

§ **Ein unverbesserlicher Dieb** hatte sich in der Person des erst 20 Jahre alten Edmund Dominowski von hier vor dem Burggericht zu verantworten. D., der aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht vorgeführt wurde, ist trotz seiner Jugend bereits neunmal vorbestraft. Der Beihilfe mitangeklagt sind der 40jährige J. Dobrzyński und der 21jährige Jan Meger, beide gleichfalls hier wohnhaft. Der Angeklagte Dominowski, im Dezember aus dem Gefängnis entlassen, hatte nichts Eiligeres zu tun, als sich sofort wieder auf „Arbeit" zu begeben. In der Nacht zum 15. Dezember drang er in das Kolonialwarengeschäft von Wojdynowicz an der Lubelskastraße ein, aus dem er Kolonialwaren im Werte von einigen Hundert Złoty entwendete. Einige Tage später verübte er einen zweiten Einbruch in das Kolonialwarengeschäft von Dubielli in der Adlerstraße, wo er gleichfalls reiche Beute machte. Die gestohlenen Waren versteckte er in dem Stalle seines Freundes, des Angeklagten M. Einige Kolonialwaren verkaufte er an den Mitangeklagten D. Vor Gericht bekennt sich Dominowski nur zu dem Einbruch in das Kolonialwarengeschäft von Wojdynowicz, den zweiten Einbruch dagegen bestreitet er ausgeführt zu haben. Dobrzyński gibt zu, von D. einige Waren gekauft zu haben, doch will er nicht gewußt haben, daß diese aus einem Diebstahl herrührten. Der dritte Angeklagte versucht sich gleichfalls herauszureden, indem er angibt, er hätte nicht gewußt, daß D. die gestohlenen Waren in seinem Stalle versteckt hatte. Das Gericht verurteilte den ersten Angeklagten zu 2 Jahren Gefängnis, die übrigen beiden dagegen zu je 5 Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafaufschub. ↕

§ **Wegen Körperverletzung** hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 72jährige Landwirt Franciszek Stachowicz aus Altdorf, Kreis Bromberg, zu verantworten. Im August v. J. wurde dem Gutsbesitzer Lieske eine größere Menge Serradella gestohlen. Der Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, lenkte sich auf die Söhne des Angeklagten, Bolesław und Konrad. Als der Sohn des Landwirts, der 24jährige Heinz L., daraufhin in Begleitung eines Polizisten das Gehöft des Angeklagten aufsuchte zwecks Vornahme einer Revision durch den Polizeibeamten, wurde Heinz L. von dem Angeklagten angefallen, der ihm drei Faustschläge ins Gesicht versetzte, wobei er dem L. zwei Zähne ausschlug. Auf die Hilferufe des L. eilte der sich in einer Scheune aufhaltende Polizeibeamte herbei, dem es nur durch Drohung mit seiner Waffe gelang, den Angeklagten vor weiteren Tätlichkeiten zurückzuhalten. Vor Gericht bekennt sich St. nicht zur Schuld und gibt an, er hätte dem L. nur einen Stoß versetzt. Die Zeugenaussagen ergeben jedoch die volle Schuld des Angeklagten, der vom Gericht zu 6 Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafaufschub verurteilt wurde. ↕

§ **Einen Unfall** erlitt am Montag der 69 jährige Władysław Borchiński. Er stürzte auf der Straße so unglücklich, daß er sich den rechten Arm verrenkte und mit Hilfe der Rettungsbereitschaft in ärztliche Behandlung gebracht werden mußte.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

D. T. C. Am Mittwoch Clubabend mit Tanz. (1046

b **Bartschin**, 8. Januar. Der Landwirtschaftliche Verein Bartschin veranstaltete anläßlich des 50jährigen Bestehens ein Wintervergnügen. Der Saal konnte die vielen Gäste nicht fassen. Nach einem Prolog hielt der Vorsitzende des Vereins, Landwirt Sommerfeld-Joachimsdorf, die Festansprache. Acht Ehrenurkunden wurden sodann den ältesten Mitgliedern überreicht. Die Theateraufführung „Meine Frau — die Gesellschafterin", die von den Landwirtssöhnen gespielt wurde, war so trefflich, daß sie auf besondere Veranlassung nochmals auf einer anderen Bühne wiederholt werden soll. Auch der Schwank „Nachtwächter und Liebe" fand viel Beifall. Der Tanz setzte um 11 Uhr ein und hielt alle in Fröhlichkeit vereint.

❐ **Crone** (Koronowo), 8. Januar. Ein Einbruch wurde bei dem Mühlenbesitzer Olczewski in Hammer (Borżenkowo) bei Maxtal verübt. Die Diebe wurden aber verscheucht und flohen unter Zurücklassung von Jacketts und Taschenlampen.

Der Mensch gehört hinaus aufs Feld, wo aus der Erde dampfend jede nächste Wohltat der Natur und durch die Himmel wehend alle Segen der Gestirne uns umwittern.

Goethe.

Gnesen (Gniezno), 8. Januar. Unter dem Vorsitz des kommissarischen Stadtpräsidenten, Notar Dr. Lauterer, fand unter großem Andrang des Publikums die erste diesjährige Stadtverordnetensitzung statt. Nach den Begrüßungsworten des Stadtpräsidenten wurden die Stadtverordneten durch Handschlag verpflichtet. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde ein Kommission für Finanzen bzw. für den Haushaltsetat gewählt. Wegen der beabsichtigten Schließung bzw. Stillegung der hiesigen Zuckerfabrik lag eine Dringlichkeits-Interpellation vor. Stadtv. Bibrowicz gab an Hand statistischen Materials ein klares Bild über den Fabrikationsrückgang der Zuckerfabrik und beleuchtete die Summe der gezahlten Arbeitslöhne der letzten Kampagne gegenüber den Vorjahren. In diesen erhielt die Arbeiterschaft 1½ Millionen, während im Jahre 1933 nur ca. 500 000 Złoty gezahlt wurden. Den Differenzbetrag kann die Arbeiterschaft den Gewerbetreibenden, insbesondere dem Kaufmann, nicht zuführen und erleiden diese Berufe große Ausfälle. Auch die an der Stadt Gnesen liegende Landwirtschaft als Rübenlieferant wird schwer betroffen, da die Kontingentierung und erst recht die gänzliche Stillegung der Fabrik schwere Eingriffe in die planmäßige Bewirtschaftung macht. Dem Landwirt fehlt es an gutem Futter für seine Viehhaltung, das doch die Zuckerrübe und ihre Nebenprodukte ihm geben. Es wurde eine Kommission von drei Stadtverordneten gewählt, die das gesammelte Material an die zuständige höhere Behörde weiterleiten soll, um so die große Katastrophe, die der gesamten Bürgerschaft durch Schließung der Fabrik droht, abzuwenden. — Weitere Interpellationen wurden der Versammlung bekannt gegeben und sollen in der nächsten Sitzung zur Erledigung vorgetragen werden.

Gnesen (Gniezno), 8. Januar. Dem Friedhofsgärtner Albert Groth wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein 100 Kilo schweres Schwein aus dem Stalle gestohlen.

Dem Landwirt Krüger in Czewujewo bei Rogowo wurden 12 Zentner Rotklee, 6 Zentner Weizen und 2 Zentner Roggen vom Speicher gestohlen, ferner dem Kaufmann Schleiff in Rogowo zwei Zentner Weizenmehl. Fünf Zentner Kleie erbeuteten Einbrecher aus dem Bahnspeicher der Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Rogowo.

Tremessen (Trzemeszno), 8. Januar. Der Kaufmann Paul Krama fand in seiner Scheune unter Stroh versteckt eine Schreibmaschine, die vor ungefähr 1½ Jahren der hiesigen Molkereigenossenschaft entwendet worden war.

Bei der hiesigen Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft verschafften sich Einbrecher durch Eindrücken einer Fensterscheibe und damit das Öffnen einer nach der Straßenseite zu gelegenen Tür Zutritt in den Lagerschuppen. Hier entwendeten die Spitzbuben ca. 50 Zentner Mehl, Futtermittel usw. usw. und konnten mit ihrer Beute unerkannt entkommen. Das Fortschaffen machte den Diebe wenig Arbeit, da das Material infolge Inventuraufnahme in Säcken verpackt war.

z. **Inowrocław**, 8. Januar. Während einer Hasenjagd in Sierkowo wurde der Treiber Kozlowski aus Wojein durch einen Flintenschuß erheblich verletzt und mußte sofort in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Die schon sechsmal vorbestrafte notorische Betrügerin Konstancja Krukowska hat die Molkerei Plotka um ein Pfund Butter und 10 Złoty betrogen; außerdem entwendete sie einer Frau Wojciechowska einen Damenmantel und eine Handtasche. Wegen dieser beiden Straftaten stand sie wieder vor dem Strafrichter, der sie zu 7 Monaten Gefängnis verurteilte.

b **Mogilno**, 8. Januar. Während ein Landwirt aus Parlin zu einer Beerdigung gefahren war, stahlen Diebe ihm eine Kuh aus dem Stalle.

Posen, 8. Januar. Angeblich wegen verschmähter Liebe gab der 34jährige Kaufmann Georg Rodziewicz im Hause Halbdorfstraße 30 auf seine 31jährige Wirtin Akilina Tarlicka einen Revolverschuß ab, der jedoch, ohne sie zu verletzen, im Mantel stecken blieb. Den ihr zu Hilfe eilenden Haushälter Kokotkiewicz verletzte er durch einen Schuß in die Brust schwer. Darauf brachte er sich in der Brust eine schwere Schußverletzung bei. Die beiden Verletzten wurden dem Stadtkrankenhause zugeführt.

Selbstmord durch Erhängen verübt hat in seiner Wohnung in der Inowroclawer Straße der Maurer Anton Stoebe.

Auf dem Hauptbahnhofe wurde als Taschendieb auf frischer Tat ertappt und festgenommen, der in der Urbanowoerstraße 1 wohnhafte Stanisław Przymusiński, als er sich vor einem Fahrkartenschalter an dem reisenden Publikum in höchst verdächtiger Weise zu schaffen machte und dabei sehr ungeschickt vorging. — Auf einem Bahnsteige des Hauptbahnhofs wurde einer Frau Elbunarda Guenert aus der fr. Mittelsbacherstraße 1 eine Handtasche mit 250 Złoty und Briefmarken gestohlen.

Während des gestrigen Glatteises stürzte in der Altstadt der 38jährige Władysław Dziennik und erlitt einen Beinbruch, der seine Überführung ins Stadtkrankenhaus nötig machte. — In der Nähe der Pappenfabrik von Zawade überfuhr der Fleischerkraftwagen der Firma Przybyla aus der St. Martinstraße eine Stefanja Jelewska aus Główno, so daß sie eine schwere Gehirnerschütterung erlitt.

Der Direktor des Konzerns Dr. Roman May in Luban, Dr. Andrzej Rozmiarek, dessen Verhaftung wegen der im Konzern aufgedeckten Unregelmäßigkeiten wir vor kurzem meldeten, ist gegen eine hypothekarische Sicherheit von 65 000 Złoty aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Im Hause St. Lazarusmarkt 10 versetzte die 57jährige Ehefrau Agnes Naramko ihrem schlafenden gleichaltrigen Ehemann einen heftigen Beilhieb gegen den Kopf und verletzte ihn lebensgefährlich. Bei ihrer Verhaftung gab sie als Grund ihre unglückliche Ehe an.

Als nette „Arbeitgeber" entpuppten sich ein Stanisław Pytlak und ein Władysław Liesiecki aus der Breitenstraße 25. Beide engagierten einen Arbeitslosen Franz Swiderski aus Gródno, Kreis Neutomischel, gegen eine Kautionsleistung von 100 Złoty; Arbeit gaben sie ihm aber nicht, da sie solche überhaupt nicht hatten. Beide Schwindler wurden festgenommen.

An der Ecke der Bahnhofsbrücke und der fr. Glogauerstr. stürzte gestern mittag ein mit Vieh beladener Lastkraftwagen um. Eine Kuh wurde völlig zerquetscht. — Von einem Personenkraftwagen überfahren wurde gestern in der fr. Hardenbergstr. ein Josef Jankowski aus Naramowice. Er wurde mit schweren Verletzungen von dem Kraftwagen ins Stadtkrankenhaus geschafft.

Im Hause fr. Grünestr. 1 wurden aus der Ludwig Górniczakschen Wohnung eine Brieftasche mit 500 Złoty und verschiedene Wertpapiere gestohlen.

Pudewitz (Pobiedziska), 8. Januar. Der letzte Pferde-, Vieh- und Krammarkt war nur sehr wenig besucht. Pferde waren 32 zum Verkauf gestellt. Davon waren einige gute volljährige Arbeitspferde, welche 350 bis 450 Złoty brachten. Abgetriebene, abgemagerte Abdeckerware brachte 6—15 Złoty. Rindvieh wurde mit 80 bis 100 Złoty gehandelt. — Als der Knecht Johann Szymkowiak in Jerzykowo mit einem Wagen vom Felde kam, scheuten die Pferde. Sz. fiel vom Wagen und wurde überfahren. Ihm wurde die linke Hand gebrochen, außerdem erlitt er Hautabschürfungen am Kopfe.

Polnisch-Oberschlesien.

In einem Fabrikkessel ertrunken.

In einer Zellulose- und Papierfabrik in der Nähe von Königshütte ereignete sich ein furchtbares Unglück, und zwar stürzte ein Aufseher in einen großen mit Wasser gefüllten Kessel und ertrank darin. Erst nach einigen Stunden wurde seine Leiche gefunden.

Kleine Rundschau.

Unheimlicher Vorgang in einer irischen Stadt.

In der nordirischen Stadt London-Dery ereignete sich am Montag abend ein unheimlicher Vorfall. Die seitliche Stützmauer der katholischen Kirche Long-Tower des angrenzenden Friedhofes, der sich neun Meter über dem Niveau einer anliegenden Straße befindet, brach plötzlich in einer Breite von 15 Metern ein. Dabei stürzten mit lautem Getöse große Mengen von Erdmassen wie eine Lawine herunter, vermengt mit Sstädeln und Gebeinen, geborstenen Särgen und zerbrochenen Grabsteinen. Ein Passant wurde durch einen Grabstein am Kopfe verletzt. Auf dem Friedhof sind mehrere irische Heilige begraben.

Lastauto stürzt in eine Schlucht.

Rom, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Bei St. Legni stürzte ein Lastkraftwagen in eine tiefe Schlucht. Sechs Arbeiter wurden getötet und 14 verletzt.

Golfspieler vom Blitz erschlagen.

Wie aus Johannesburg gemeldet wird, wurde einer der berühmtesten Golfspieler Südafrikas, namens Thorton, durch einen Blitzschlag getötet. Während des Golfspiels schlug ein Blitz in den Stahlteil der Croß (Golfschläger), die der Spieler in der Hand hatte. Thorton war sofort tot.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund" Nr. 6

Rosenmontag, 12. Februar 1934 um 20 Uhr im Gemeindehause

Im Märchenlande!

Maskenball der Deutschen Bühne Grudziądz am Rosenmontag.

Eintritt nur gegen Einladung, die demnächst versandt wird. Gesuche um Einladungen an das Geschäfts-Zimmer Mało Groblowa — Ecke Mickiewicza Nr. 10. 1036

Nachruf.

Am 31. Dezember 1933 rief Gott der Herr unsern getreuen Mitältesten, den Kaufmann

Herrn Emil Caspari

in Schwetz

aus dieser Zeitlichkeit ab.

Der Verstorbene gehörte seit 1905 der Gemeindevertretung, seit 1910 dem Gemeindekirchenrate und während der beiden letzten Jahre auch dem Kreissynodalvorstande an.

In vorbildlicher Treue und Gewissenhaftigkeit hat er mitgearbeitet an dem Aufbau unserer Gemeinde.

Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben. (1. Tim. 5, 17). 1048

Schwetz, den 8. Januar 1934.

Der Gemeindekirchenrat
Schröder.

Habe mein Büro
mit dem 6. Januar 1934 von Więcbork
nach Bydgoszcz
Pl. Wolności, 5, 1. Et.
verlegt.
Adam Kubisztal
Adwokat.
1044

Rechtsangelegenheiten

wie Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwertungs-, Erbschafts-, Gesellschafts-, Miets-, Steuer-, Administrationssachen usw. bearbeitet, treibt Forderungen ein und erteilt Rechtsberatung.

St. Banaszak
obrońca prywatny
Bydgoszcz
ul. Cieszkowskiego 4
Telefon 1304. 892

Wäsche-Nähkurse an eigen. Wäsche ert. Wäsche-Atel. Hasse, Marsz. Focha 26. 8787

Geigen- und Klavier-Unterricht erteile gründl. u. billig Garbary 19, W. 2. 571

Eiserne
Bettstellen
und
Matratzen
empfiehlt
F. Kreski
ul. Gdańska 9. 8862

Welche Firma fertigt für Knaben Wachstuchschürzen an? Angebote mit Muster u. Preis an G. K., Danzig-Langfuhr postlagernd. 1052

Hündin als Amme sofort gesucht geg. gute Entschädig. auf 8 Woch. oder zu kaufen. Eilang. erbitte sofort. Größe mindestens ein. Wolfs- oder Jagdhund.; kann auch in 8 Tag. werfen. F. M. Reibe, Nowawieś, p. Dąbrowa, k. Mogilno. 1043

Kleereiber „Favorit", durchrepar., verleiht oder verkauft J. Szymczak Bydg., Dworcowa 28. 568

Geldmarkt

Suche Teilhaber mit 10—15000 Zł. zum Fabrikat.-Unternehm. ein. in Polen noch nicht hergestellten Artikels. Offerten unter D. 574 a.d.Geschst. d.Zeitg.erb.

3-4000 Zł. Anleihe geg. gute Sicherh. u. Verzins. ges. Gefl. Angeb. unt. S. 540 a.d.Geschst. d.Zeitg.erb.

1500 zł geg. g. Zins. u. Sicherh. f. 6 Mon. z. leih. gesucht. Off. u. B. 562 an die Geschäftsst d. Z

Heirat

Evgl. Inspektor 26 J. alt, auf ein. Gut v. üb. 3000 (3 tausd.) Mrg. unterm Chef tätig, mit energisch. Charakter u. kleiner. Vermög., sucht **Damen-Bekanntschaft zwecks Einheirat** in größere Landwirtsch. Off. mit Bild u. näher. Angab. der Verhältniss. u. H. 1024 a. d. Deutsche Rundschau, Bydgoszcz.

Neujahrswunsch! Landwirt, ev., 34 J., l. Kriegsbesch., bezieht Rente, der d. väterliche Landwirtschaft von 75 Mrg. übernehmen soll, sucht Briefwechsel **zwecks Heirat** mit nett., wirtschaftlicher Landwirtstochter mit entsprech. Vermögen. Offert. mit Bild unt. K. 1028 a. d. Geschst. d. Dt. Rdsch. erb.

Für meinen Freund **Elektro-Ingenieur,** 30 J. alt, evgl., mittelgr., m. mehrjähr. Praxis im Industriezentr., suche ich **entsprech. Damenbekanntsch. m. Vermög. zw. Heirat** evtl. Einheirat in ein bestehd. Unternehm. Off. m. Bild u. M. 1047 a. d. Gst. d. Z.

Tüchtigem Gärtner evgl., nicht unter 35 J., auch Witwer, ist Gelegenheit geboten, in größerer, ausbaufähig. Marktgärtnerei, Nähe einer Großstadt, **einzuheiraten.** Vermög. erw., doch nicht Bedingung. Verschwiegenh. erbeten und zuges. Anfragen mögl. mit Bild, w. auch zurückges. wird, erbeten unter 6789 an Ann.-Exp. **Kosmos,** Poznań, Zwierzyniecka 6.

Aus Mangel an Bekanntschaft suche mit intelligenter hübscher Dame **zwecks Heirat** in Verbind. zu treten. Vermög. erw., doch nicht Beding., dafür aber liebevoll., verträgl., heiterer Charakter. Bin Geschäftsmann, 50 J. alt, deutsch-evgl., poln. Staatsb., mit gut. Existenz. Zuschriften. mögl. mit Bild, auch von Damen aus dem Berufsleben und solchen, die die Landessprache beherrschen, unter R. 8789 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten. Verschwiegenheit Bedingung.

Offene Stellen

Zum 1. April 34 unverh. **Beamter** nicht unter 27 Jahren, gesucht. Gute Zeugnisse Bedingung. Gehalt monatlich 120 zł und zum 1. April 1934 **verh. Stellmacher** gesucht. Gute Zeugnisse Bedingung. 1019 Schultz, Gutsbesitzer, Małki, pow. Brodnica.

Monteur Pa. Fachmann, zum Ab- und Aufbau 16 PS Sauggasmotors Deutz-tpl. **Sauggasanlage** gesucht! Gefl. Offert. unt. E. 997 a. d. Geschst. der Dtsch. Rundsch. erb.

Zum 1. April verheir. **Stellmacher** gesucht. Tuchomek, poczta Chwaszczyno, pow. Kartuzy. 1000

Suche von sofort oder zum 15. Januar 1934 einen ledigen **Schweizer** W. Kreklau, Gutsbesitz., Katarzyniec, poczta Runowo kr., powiat Wyrzysk. 930

Jg. Mädchen vom Lande wird als **Haustochter gesucht.** Offerten unter D. 994 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Stellengesuche

Lehrer m. dtsch. Unterrichtsspr., voller Lehrgenehmig., sucht p. 15. Jan. od. spät. **Hauslehrerposten.** Unterrichtet in Latein, Franz. u. Engl., auch Polnisch. Gefl. Anfr. unt. J. 908 a. d. G. d. Z.

Landwirt, 28 Jahre alt, evgl., Gymnasialbildg., sucht mit mehrjähriger Praxis auf größeren Gütern zum 1. 4. 1934 Stellung als **1. Beamter** Offerten unter Z. 978 an die Geschst. d. Ztg.

Landwirt, verheir., 30 J. alt, evgl., der poln. Sprache mächtig, **sucht** bei bescheidenen Ansprüchen **Stellung** auf mittlerer Wirtsch. Bin an strenge Tätigkeit gewöhnt, wie auch im landwirtschaftlichen Betriebe bestens vertraut. Offerten unt. E. 873 an d. Geschäftsst. d. Zeitung zu richten.

Suche ab 1. April oder früher **Stellung** als **Alleiniger od. Feldbeamter.** Bin evgl., 27 J. alt, gute Zeugnisse vorh. Off. u. M. 912 a. d. Geschst. d. Z

Infolge Wirtschaftsveränderung such. wir für sofort evtl. 1.4.34 f. unsern langjährigen **Hof- und Feldwirt** beider Sprach. mächt., **anderweit. geeignete Stellung** 8847 Gutsverwalt. Bąkowo, poczta Warlubie, pow. Świecie.

Suche v. sofort od. spät **Stellg. als Alleiniger oder Feldbeamter.** Bin evgl., 27 J. alt, gute Zeugnisse vorh. Off. u. T. 558 a. d. Geschst. d. Ztg.

Junger strebsamer **Landwirt** 27 Jahre alt, evgl., mit 8½-jährig. Praxis u. an strenge Tätigkeit gew., **sucht** ab 1. April, da sich gerne veränd. möchte, **anderweitig Stellung.** Wenn möglich, verheiratete od. 1. Beamten-Stelle. Frdl. Angebote bitte zu richt. u. G. 1003 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Müllermeister 34 J. alt, in ungekündigter Stellung sucht als Werkführer Engagement. Übernehme auch Mühle i. Pacht od. gute Mehlniederlage, evtl. Kaution zahle f. 1 Jahr voraus. Off. u. B. 985 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Für unseren 560 **Maurer,** den wir empfehlen können, suchen wir infolge Zwangsparzellierung anderw. Stellg. v. sofort resp. 1. 4. 1934. **Gutsverw. Dembowo,** p. Sadki, p. Wyrzysk.

Evangel. Schmied und Maschinist der a. Holzarb. versteht, mit gut. Empf., **sucht** v. 1. 2. od. 1. 4. 34 **Stellung.** Angebote unter P. 537 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Tüchtiger älterer **Schmiedegeselle** sucht vom 1. 4. 1934 Stellung. Vertraut mit sämtl. Reparaturen landwirtschaftlich. Maschinen, Dreschsatz und Großbuldogg. Gute Zeugnisse und Empfehlungen vorhand. Off. unter K. 910 an die „Deutsche Rundschau" erbeten.

Chauffeur gelernter Maschinenschlosser, ledig, militärfrei, deutsch u. polnisch sprechend, sucht v. sof. Stellung. Off. unter U. 561 a. d. Gst. d. Ztg.

Unverh. Chauffeur u. Kutscher sucht zum 1. 4. 34 **Stellung.** Off. u. O. 535 a. d. Geschst. d. Ztg.

Oberschweizer m. mehrjähr. Praxis im Herdbuchstall u. guten Zeugn., v. Kindh. i. Fach **sucht** z. 1. 4. 34 **Stellung.** **Zahnd, Golina-wielka,** p. Bojanowo, p. Rawicz

---

Oberschweizer **sucht** vom 1. 4. 34 mit eigenen Leut. Stellung auf ein Gut. Bin guter Züchter und Pfleger. Gute Referenz. Uebern. Milchprobe u. ist vertr. mit individualistischer Nährungsart. Offerten unter L. 911 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Suche z. 1. 2. 34 od. spät. **Stellg. als Diener oder Chauffeur** übern. auch beides. Bin 25 J. a., poln. u. deutsch sprech. u. in m. Berufe gut bewand. Gute Zgn. vorhanden. Um freundliche Zuschriften bittet **J. Krajecki, Bydgoszcz,** Toruńska 50. 555

Evgl., ehrl., fleißiger **Arbeiter** unter 20 J., militärfrei, **sucht Stellg.** in Landwirtsch. sof. od. v. 15. 1. 1934. In Landwirtsch. 7 J. gearb. Off. unt. E. 575 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche Stellung als Gutssekretärin. Deutsch, Polnisch und Maschinenschrift perf. Gehaltsanspr. bescheid. Angebote unter K. 520 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Jung. Mädchen, welches noch nicht i. Stellg. war, **sucht** z. 1. 2 34 **Stellung als Mädchen für alles.** Offert. an **R. Stahr, Sępólno (Pom.)** 913 ul. Sienkiewicza 19.

Fräulein firm in allen Zweigen, sparsam, wirtschaftlich, zuverlässig, sucht Stellung a. Gut od. Stadthaushalt. Angeb. an **Srozak, Rakowin p. Mała Karczma** 1025

Suche vom 15. 1. oder 1. 2. Stelle als **Haus- oder Küchenmädchen.** Gute Zeugnisse. 1027 **H. Musiałowicz** Toruń, Dworzec Miejski

---

Aelt., evgl. Mädchen erf. i. jed. Hausarb. sow. bürgerl. Küche. **sucht** ab 15. 2. od. spät. **Stellung.** Off. u. M. 1710 a. Ann.-Exp. **Wallis, Toruń.** 919

Aelt. Fräulein aus bess. Hause sucht Stellg. im Haush., auch z. selbstd. Leit., mögl. Stadt. Off. u. Nr. 963 a. d. Geschäftsst. **A. Kriedte, Grudziądz.**

Mädchen v. Ld., 26 J., ev., perf. im Haush., m. gt. Zeugn., **sucht Stellg** z. 15. 1. 34 b. bess. Herrsch. Off. an **H. Wichert,** Bydgoszcz, Stroma 34, m. 6. 565

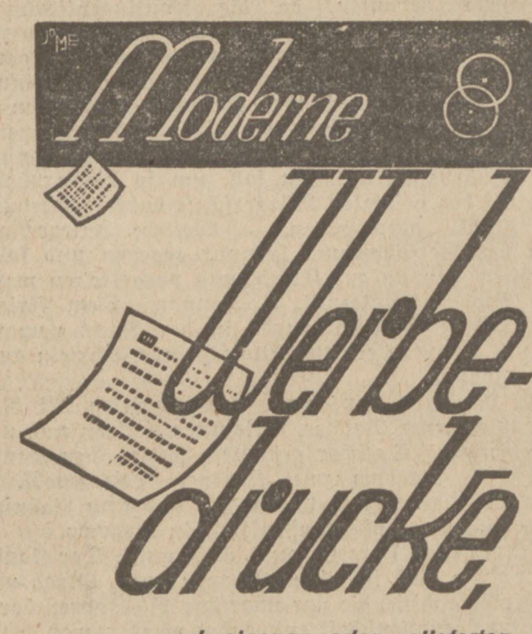
Evgl. Mädchen m. Kenntniss. i. Kochen. Back., Näh. usw., **sucht Stellung als Haustocht. oder Stütze** auf e. Gut. Taschengeld erwünscht Gefl. Angeb. unt. H. 517 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evang. Mädchen mit all. Hausarbeiten vertraut, sowie gute Kochkenntnisse, sucht v. sofort Stellung. Poln. Sprache. Gute Zeugn. vorh. Off. u. M. 533 an d. Geschst. d. Ztg.

Suche Aufwartung f. d. ganz. Tag, nehme noch **Waschstellen** an. 545 Dworcowa 39, m. 9.

Wilh. Buchholz, Ingenieur
Bydgoszcz, Gdańska 38/40
Büro für elektrische Licht- und Kraftanlagen
Ankerwickelei — Radio
Gegründet 1907
Elektrotechnische Bedarfsartikel.

Oskar Meyer 8860
Gegr. 1899 ulica Gdańska 21 Tel. 1389
Korrekteste Anfertigung sämtl. **Brillen.**



nach eigenen oder gelieferten Entwürfen fertigt Großdruckerei

A. DITTMANN T. Z O. P.
BYDGOSZCZ
Marsz. Focha Nr. 6

Auf Wunsch Muster und Kostenanschläge unverbindlich 2269

Wegen Wilddiebsverhältnis sucht für bald oder später lediger, zuverläss., ehrl., evangel. **Förster** andere Stellg. Bessere Schulbild., mit nur gut. Empfehl. und 1. Kraft. Offerten unter P. 934 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Junger, verheirateter **Sattler-Tapezierer** 28 J. alt, der auch Leder gerbt, **sucht Stellg.** auf Gut, Fabrik oder sonst. Betrieb v. sof. od. spät. Offerten unter N. 1053 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gärtner, 21 J., tücht. in sein. Fach, Gärtnersohn, 7 J. **Praxis,** bis jetzt selbständig gearb., sucht Stellung v. bald oder 1. 3. Off. unter N. 928 a. d. Gst. d. Ztg.

Gärtner evangl., 26 J. alt, i. Gemüsebau, Topfkult. u. Handelsgärtnerei bewandert, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, sof. od. später selbständige Stellung. 933 **Friedrich Hirte,** Deborzyce, p. Lubosin, pow. Szamotuły.

Suche zum 1. 4. 1934 **Oberschweizerstelle** mit eigenen Leuten. Bin im Fach 27, alt 44 J. Mit sämtlichen Sachen beim Vieh bewand., a. mit dem Kastrieren. **Wisniewski,** Oberschw., **Kruszwica Grodztwo,** pow. Mogilno. 1020

Schweizer mit gutem Zeugnis, **sucht Dauerstellung.** Offerten unter C. 987 an die Geschst. d. Zeitg.

An- u. Verkäufe

Wassermühle 1035 bis 3 Ton., mass., 3-stck., Turbine, Niederung, ohne Konkurrenz, gute Gebäude, 40 Mrg. Land und 1a Wiesen, **zu verkaufen.** 29 000 zł, Anzahlung 15—18 000 zł. Off. u. N. 1723 a. An.-Exp **E. Wallis, Toruń.**

Gute Existenz! **Mechaniker-Werkstatt** (f. Automobilreparatur eingerichtet) fortzugsh. zu verkaufen. Wohnung u. Garagen vorhanden. Ca. 4000 zł erforderlich. Offerten u. Z. 566 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Fortzugshalber sof. zu verk. **Kurzwaren- und Putz-Geschäft.** Off. unter W. 563 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Zuchthengst „Unann" Norfolk-Bret., dunkler Fuchs, 13 Jahre alt, steht hier zum Verkauf. Allerbeste Nachz. reichlich vorh. Sehr flott, mit leicht. Gang, macht jede Arbeit. Pr. 1500 zł. **A. Lange,** Skrzeszewo, p. Mogilno, Station Mogilno od. Kunowo. 866

1934 Kalender

Termin-Kalender
Wochenabreiß-Kalender
Notiz-Kalender
Taschen-Kalender
Umlege-Kalender
Ersatz-Kalender
Dauer-Kalender
Wand-Kalender
Geschenk-Kalender
Geldtaschen-Kalender
Kalender-Blöcke

in verschiedenen Größen.

A. Dittmann T. z o. p.
Tel. 61. Bydgoszcz, Marsz. Focha 6.

Füchse, Iltisse, Marder, Kanin usw. kauft und zahlt Höchstpreise 959
„Futeral", Bydgoszcz, Dworcowa 9 Telefon 308.
Grudziądz, Długa 1.

Fuchswallach 4½ Jahre alt, 1,85 gr., schweres Lastpferd, zugfest. 906

Plymoutrocks-Hähne erstklass. Tiere, Aprilbrut 33, verkauft Dr. Goertz, Rozgarty, p. Rudnik, k. Grudziądz.

---

2 Fahrpferde Passer, 4—8 Jahre alt, zugfest, sucht u. bittet um Angeb. m. genaust. Preisang. u. Beschreib. **Dom. Gorzechówko,** b. Jabłonowo. 1022

Zu verkaufen 1020 **Zuchtbullen** a. leistungsfäh. Milchviehherde. **Schultz,** Gutsbesitzer, Małki, pow. Brodnica.

Stutzflügel Steinweg Pfitzenreuter, Pomorska 27 500

Nachlaßsachen 567 **Podgórna 6. — 9—12.**

Eine Singer-Nähmaschine (Rundschiff), 1 **Plüschgarnitur u. verschieden. andere zu verkauf.** 503 Dworcowa 43, I.

Gut erhaltenes **Lastauto** evtl. m. Anhänger 5 t Tragfähigkeit zu kaufen gesucht **Fr. Bluhm, Bydgoszcz,** Babia Wieś 5. 981

Elektr. Motor gebr., Drehstrom 380 V., ca. 2,5 K.-W., möglichst Kurzschlußläufer und staubsicher, mit allem Zubehör **sofort zu kaufen gesucht.** Preisofferten u. nähere Angaben an **Hans Zeep,** Chełmża, Toruńska 17. 1041

Dampf-häckselmaschine Fabrikat Hugo Kriesel, 19", 6 Mess., m. Kettenzug sehr billig abzugeb. 1050 **F. Kujawski,** Fabryka Maszyn, **Toruń.**

Kaufe 1051 **Wildwaren-Felle** wie: **Füchse, Marder, Iltisse, Wiesel, Ottern, Hasen, Kanin usw.** Zahle höchste Preise! **Ign. Mandowski** Poznań, Grobla 3 Telefon 34-69.

Franz. Billard mit Marmorplatte zu verkauf. Off. u. A. 979 an die Geschst. d. Ztg.

Versandkisten abzugeben. Tel. 15-51. 564

Wohnungen

4—5-Zimmerwohnung mit allem Komfort, wenn mögl. m. Dampfheizung, im Mittelpunkt der Stadt, vom 1. 3. gesucht. Offerten unter A. 569 an die Geschst. d. Ztg. erbeten.

2—3-Zimm.-Wohn. nur in gut. Hause von einzeln. Dame gesucht. Offerten unter B. 572 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

1-3.-Whg. sof. z. verm. **„Postęp", Gdańska 67.** 570

Laden mit Wohn. und Autogarage Nähe Schlachthaus, per sofort **zu vermieten.** Näheres **Wileńska 8,** Wohn. 13, von ½4 Uhr ab. 886

Möbl. Zimmer

1-2 eleg. möbl. Zimmer mit Pension oder ohne 557 **Śniadeckich 20, m. 7.**

Möbl. Zimmer zu verm. 865 **Chrobrego 23, Whg. 7**

Pachtungen

Junge Eheleute suchen von sofort kleines **Hausgrundstück** mit etwas Land, Wiese oder größerem Garten in Umgegend v. Graudenz zu pachten. Off. unter U. 975 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Pachtung! Suche von sogleich oder 1. April 1934 **Landwirtschaft** aus deutscher Hand in Größe v. 200—700 Mrg. **zu pachten.** Angebote unter Nr. 996 an **Emil Romey, Grudziądz** erb.

Geschäft m. Einricht., gute Lage, und 3-Zimmerwohng. zu vermieten 8750 **Grunwaldzka 78 (Wirt).**

Pensionen

Wer nimmt älter. Ehep. **in Kost und Logis** (Pension). Off. u. C. 573 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Pommerellen.

9. Januar.

Graudenz (Grudziądz).

Gegen die Verlegung der Handwerkskammer

In der Handwerkskammer fand eine Versammlung statt, deren Zweck war, gegen die von gewisser Seite geführte Propaganda zur Übersiedlung der Kammer nach Thorn Einspruch zu erheben. Anwesend waren Vertreter der Handwerkerverbände sowie die Obermeister der Graudenzer Innungen. Außerdem waren Vertreter der Kammer selbst sowie der Presse zugegen. In einem Referat legte Kammerrat Spychała die Gründe dar, die nach Ansicht der Graudenzer Handwerker gegen die Verlegung der Kammer nach Thorn sprechen. In der sich daran anschließenden Debatte sprach sich auch der Vorsitzende der Kammer Jakubowski gegen die genannten Pläne aus. Zum Schlusse der Versammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen ,die entschieden gegen die angeblich beabsichtigte Verlegung Stellung nimmt. *

× **Der Jahresbericht der katholischen St. Nikolaus-Parochie** enthält u. a. folgende Angaben: Die Parochie zählte am Jahresschlusse 31 930 Seelen. An Taufen gab es 602, darunter 91 von unehelichen Kindern, an Hochzeiten 210 (2 Mischehen), an Beerdigungen 371 (211 erwachsene Personen und 160 Kinder im Alter bis zu 14 Jahren), an Kranken, die mit den hl. Sakramenten versehen wurden, 630, an Kindern, angenommen zur ersten Kommunion 832 (419 Knaben und 413 Mädchen); zur Osterbeichte gingen 16 750 Personen, an Kommunionen wurden im Laufe des Jahres 171 560 erteilt. *

× **Ein neuer Krankenhausdirektor.** Mit Beginn des neuen Jahres hat der Gynäkologe Dr. Maslanka aus Radomsko, ein gebürtiger Krakauer, den Posten des Direktors und Oberarztes des hiesigen Krankenhauses übernommen. Bisher hatte die Stelle der Chirurg Dr. Grygier inne. *

* **Die Leiche des Direktors Halperin,** der bei der Flugzeug-Katastrophe bei Brügge ums Leben gekommen war, traf am Montag 7.45 Uhr früh in Graudenz ein. Der Sarg wurde in die PePeGe-Fabrik geschafft, wo auf dem Hofe eine Trauerfeier stattfand, an der etwa 1000 Personen teilnahmen. Die Leiche wurde dann wieder nach dem Bahnhof geschafft und ging in den Nachmittagsstunden über Warschau nach Baranowitsche ab, wo am Dienstag die Beisetzung stattfinden soll. *

× **Die Feuerwehr wurde Montag** früh gegen 6 Uhr nach der Petersilienstraße (Wąska) alarmiert. Es erwies sich, daß hier wieder einmal ein Fall mutwilligen Einschlagens der Scheibe des Meldeapparates vorlag. Leider hat der Täter sich unbemerkt entfernen können. *

× **Glücklich verlaufene Waggonentgleisung.** In der Nacht zum Sonnabend lief gegen 1 Uhr in den hiesigen Bahnhof aus Thorn ein Güterzug ein. Dabei entgleiste ein Waggon und lief auf die gleich neben der Gepäckabfertigung befindliche eiserne Barriere zu. Von dieser prallte er dann ab und schlug an die Ecke des Bahnhofsgebäudes, in dem sich, neben der Gepäckexpedition, der Aufenthaltsraum der wachehabenden Polizeibeamten befindet. Glücklicherweise hatte der Polizist einen Moment vorher den Raum verlassen und war in die Halle gegangen, so daß er vor einem schweren Unglück bewahrt blieb. Das Zimmerchen wurde bei dem Vorfall natürlich so stark beschädigt, daß es gegenwärtig nicht benutzt werden kann. *

× **Lebensmüde.** Aus diesem irdischen Jammertal zu scheiden versuchte am Sonntag eine Kalinkerstraße (Kalinkowa) 14 wohnhafte weibliche Person. Sie trank in einem Anfalle von Verzweiflung eine gewisse Menge Lysol. Man brachte die Bedauernswerte ins Krankenhaus, wo sofort angewandte Rettungsmittel von erwünschtem Erfolg waren. — Ein zweiter Fall von Lebensüberdrüssigkeit hat leider zu vollem Erfolge geführt. Hier handelt es sich um den Schützenstraße (Marszałka Focha) 6 wohnhaften Zigarrenhändler Bienkowski, der, wie s. Zt. gemeldet, schon einmal — angeblich wegen häuslicher Unstimmigkeiten — seinem Leben ein Ende zu machen versucht hatte. Damals erreichte er nicht sein Ziel. Jetzt aber hat man den Unglücklichen in seinem Laden erhängt vorgefunden. Er hinterließ drei Briefe, die von der Kriminalpolizei beschlagnahmt wurden. *

× **Diebstähle.** Aus dem städtischen Schlachthause stahlen in einer der letzten Nächte bisher unbekannt gebliebene Einbrecher ein großes, dem Fleischermeister Loewenau gehöriges Quantum geräucherte Schinken im Werte von 600 Złoty. Kleidung und Wäsche im Werte von etwa 2000 Złoty wurden der Courbierestraße (Kościuszki) 21 wohnhaften Frau Węglewska, Wäsche im Werte von etwa 300 Złoty dem Rechtsanwalt Kisielewski, Lindenstraße (Lipowa) 35, entwendet. Aus einem Güterzuge stahlen Diebe etwa 500 Kilogramm Kohle. Diese Beute ist ihnen aber entgangen, denn sie wurde von einer Polizeipatrouille in der Nähe der Försterei Rothof aufgefunden und geborgen. Vor kurzem sollen, laut Mitteilung eines hiesigen Blattes, auf der Bahn sogar rund 100 Zentner Kohlen gestohlen worden sein. Auch in diesem Falle ist den Tätern die Frucht ihrer „Arbeit" nicht zugute gekommen. Die Beute konnte zurückerlangt werden, während die Spitzbuben selbst bisher unentdeckt geblieben sind. Um Garderobe und Wäsche im Werte von 1500 Złoty wurde Leon Robelski, Kalinkerstraße (Kalinkowa) 21, sowie um Räucherwaren im Werte von 500 Złoty Jeczyński, Kalinkerstraße 14, bestohlen (der Ort des letztgenannten Diebstahls war, wie im ersterwähnten Falle, der städtische Schlachthof). *

× **Aus dem Kreise Graudenz,** 8. Januar. Das Städtchen Rehden (Radzyn) gedenkt im laufenden Jahre die Feier seines 700jährigen Bestehens zu begehen. Zu diesem Zwecke ist ein besonderes Komitee gebildet worden, an dessen Spitze Bürgermeister Gibas steht. *

Thorn (Toruń).

300 000 Złoty zur Unterstützung des Kleinwohnungbaues.

Die Landeswirtschaftsbank hat der Stadt Thorn für das laufende Jahr einen Kredit in Höhe von 300 000 Złoty für die Förderung des Baues von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt. Das Ausbaukomitee der Stadt wird die Anleihe nach folgenden Gesichtspunkten verteilen: 1. Berücksichtigt werden an erster Stelle diejenigen Bauherren, die die geringsten Summen zur Errichtung des betr. Hauses gebrauchen. 2. Die Höhe der Anleihe darf nicht die Hälfte der Höhe der Baukosten überschreiten. 3. Für die Kredite muß hypothekarische Sicherheit gewährt werden und nur in Ausnahmefällen können die Bittsteller eine Anleihe gegen Sicherstellung an weiterer Hypothekenstelle erhalten.

Den Bewerbungen müssen folgende Anlagen beigefügt werden: 1. Taxe des Bauplatzes, 2. Gesamtbaukosten, 3. Wert der bereits ausgeführten Arbeiten, 4. Wert des auf dem Bauplatz befindlichen Baumaterials, 5. Kosten der noch auszuführenden Arbeiten, 6. Straße und Nummer, wo das Haus gebaut wird, sowie Nummer der Hypothek.

Die Anträge müssen schon jetzt durch Vermittlung der Stadtverwaltung in Thorn an das Ausbaukomitee der Stadt (Komitet Rozbudowy miasta) eingereicht werden. * *

---

v **Standesamtliche Nachrichten.** In der Zeit vom 24. bis 31. Dezember v. J. gelangten beim hiesigen Standesamt 19 eheliche Geburten (11 Knaben und 8 Mädchen) sowie 5 uneheliche Geburten (4 Knaben und 1 Mädchen) zur Anmeldung und Registrierung. Todesfälle ereigneten sich 18 (9 männliche und 9 weibliche Personen), darunter 7 Erwachsene über 50 Jahre und 7 Kinder im ersten Lebensjahre. Im gleichen Zeitraum wurden 10 Eheschließungen vollzogen. * *

v. **Die Soziale Versicherungsanstalt in Thorn** gibt bekannt, daß sie im Sinne der Verordnung des Wohlfahrtsministeriums vom 30. 12. 1933 (Dz. U. R. P, Nr. 103, Pos. 819) mit dem 1. Januar 1934 die Rechte und Pflichten der Krankenkasse in Thorn (Kasa Chorych w Toruniu) übernommen hat. Die Tätigkeit der Sozialen Versicherungsanstalt in Thorn erstreckt sich über Thorn Stadt und die Kreise Thorn und Briesen (Wąbrzeźno). Im Zusammenhang hiermit müssen die Arbeitgeber bis zum 15. Januar d. J. bei der Sozialen Versicherungsanstalt in Thorn alle bei ihnen beschäftigten Arbeiter individuell, d. h. jeden einzelnen Arbeiter besonders auf dem Formular Nr. 1, anmelden sowie ihre Arbeitsstätten auf Formular Nr. 7 registrieren. Obiges betrifft auch die Haushalte, die Hauspersonal (Stubenmädchen, Köchinnen usw.) beschäftigen. Die entsprechenden Formulare sind in der Sozialen Versicherungsanstalt in Thorn, Hindenburgstr. (ul. 3 Maja) 17, sowie in den früheren Abteilungen der Krankenkasse in Culmsee (Chełmża) und Briesen erhältlich. * *

v **Verkehrsunfall.** Die Autodroschke Nr. 16 stieß an der Ecke der Jakob- und Brauerstraße (Jakóba—Piernikarska) mit dem Militärauto Nr. 5098 zusammen. Bei dem Zusammenprall wurden die Kotflügel beider Fahrzeuge und die Laternen des Militärautos beschädigt. * *

rk **Einen guten Griff** hat die Deutsche Bühne Thorn mit der Wahl ihres diesjährigen Märchenspiels „Das tapfere Schneiderlein" von Heinrich Römer getan. Die beiden inzwischen stattgefundenen Nachmittags-Wiederholungen waren vollständig ausverkauft und viele Besucher mußten an der Kasse wieder umkehren, da sie keine Plätze mehr bekommen konnten. Der Beifall, den das Stück und die gute Wiedergabe jedesmal fanden, gab der Bühnenleitung Veranlassung, das Märchen nochmals auf den Spielplan zu setzen. * *

‡ **Aus dem Landkreise Thorn,** 8. Januar. **Ein bewaffneter Raubüberfall wurde in der Nacht zum Dreikönigstage bei dem Besitzer Max Rahn in Schwarzbruch (Czarnebłoto) verübt. Drei maskierte Männer drangen durch ein Fenster in das Schlafzimmer ein. Während zwei das Ehepaar R. durch vorgehaltene elektrische Taschenlampen blendeten, gab der dritte einen Revolverschuß in die Zimmerdecke ab. Er verlangte dann die Herausgabe des Geldes, andernfalls er die Hausbewohner erschießen wollte. Dem Überfallenen gelang es, das Freie zu gewinnen und die Nachbarn zu alarmieren. Während dieser Zeit durchsuchten die Banditen die Wohnung, in der sie jedoch kein Geld fanden. Dann begaben sie sich auf den Hof, gaben hier nochmals einen Revolverschuß ab und ergriffen dann die Flucht. Glücklicherweise wurde bei der Schießerei niemand verletzt. Die Polizei hat die Suche nach den Tätern sofort energisch aufgenommen.** **

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Das lustige Märchenspiel „Das tapfere Schneiderlein" wird am Sonntag, 14. Januar, 3 Uhr nachm., zum unwiderruflich letzten Male in der „Deutschen Bühne" aufgeführt. Es empfiehlt sich, ermäßigte Eintrittskarten sofort im Vorverkauf bei Justus Wallis, Szeroka 34, zu lösen. (1032 * *

Neuwahlen in Czersk.

Am 28. Januar.

Wie die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur meldet, sind angesichts der Ungültigkeits-Erklärung der Stadtverordneten-Wahlen in Czersk für diese Stadt Neuwahlen ausgeschrieben worden, die am 28. Januar stattfinden werden.

Und alles aus Liebe.

tz **Konitz** (Chojnice), 8. Januar. **Der 24jährige Anton Galikowski aus Rytel wollte seiner Angebeteten aus Konigortek, die seinen Liebesbeteuerungen gegenüber sehr kalt blieb, einen Schrecken einjagen und erwartete sie daher am Freitag abend in Rytel als Gespenst. Er hatte ein Bettlaken umgenommen und einen ausgehöhlten und erleuchteten Kürbis auf den Kopf gesetzt. Der Begleiter der Geliebten, der Chauffeur Michael Jaszewski aus Konitz zog seinen Revolver und schoß dem vermeindlichen Gespenst, als dieses langsam an dem Paar vorüber wanderte, in den Rücken. Es sollte wohl nur ein Schreckschuß sein, aber in der Aufregung traf die Kugel so unglücklich, daß die Därme mehrfach zerrissen wurden. G. wurde sofort ins Borromäusstift eingeliefert; es besteht aber wenig Aussicht, ihn zu retten.**

---

ef. **Briesen** (Wąbrzeźno), 8. Januar. Feuer brach aus bisher unbekannten Gründen im Schuhwarengeschäft Nizwantowski aus. Trotzdem das Feuer sofort bemerkt wurde und es gelang, dasselbe bald zu löschen, richtete es doch einen Materialschaden in Höhe von 300 Złoty an.

Unbekannte Täter statteten dem Schweinestall des Landwirts Pasternacki im hiesigen Abbau einen unerwünschten Besuch ab. Nachdem sie bereits eine größere Anzahl Hühner abgeschlachtet, wollten sie auch noch ein Schwein mitnehmen. Dabei wurden sie jedoch von P. gehört und verjagt, ohne daß es ihnen gelang, ihre Beute mitzunehmen.

tz. **Konitz** (Chojnice), 8. Januar. In der letzten Kreisausschuß-Sitzung wurden die eingereichten Wahlproteste behandelt und sämtlich abgelehnt. Damit ist die Stadtverordnetenwahl gültig geworden und das neue Stadtparlament dürfte in aller Kürze zusammentreten.

⌗ **Neuenburg (Nowe)**, 8. Januar. Ein in bezug auf die letzten Stadtverordnetenwahlen eingereichter **Protest** wurde durch den Kreistag in Schwetz mit der Begründung abgelehnt, daß verschiedene Protestunterschriften nicht eigenhändig abgegeben worden seien. Darauf ist ein zweiter Protest an das Wojewodschaftsgericht abgegangen. Zurzeit amtieren bis zur endgültigen Entscheidung über den Protest die bisherigen Stadtverordneten.

f **Strasburg (Brodnica)**, 8. Januar. Am **Donnerstag** fand hier ein **Vieh- und Pferdemarkt** statt. Pferde waren nur sehr wenig aufgetrieben. Vieh war etwas mehr vorhanden. Milchkühe kosteten 160—230 Złoty, Mastvieh 20—25 Złoty der Zentner. Im ganzen kamen sehr wenig Kaufabschlüsse zustande. Dagegen war der Wochenmarkt besser besucht. Butter kostete das Pfund 0,90—1,20, Eier die Mandel 1,50—1,70.

* **Soldau (Działdowo)**, 8. Januar. Auf dem benachbarten Rittergute Księzydwór stellte der Förster Prozesky den Sohn des Parzellanten Jedrzejewski beim **Wildern**. Auf die Aufforderung, die Waffe abzugeben, reagierte der Wilddieb nicht, sondern stieß den Förster zu Boden, als dieser versuchte, ihm die Waffe zu entreißen. Als nun J. Miene machte, auf den am Boden Liegenden mit dem Kolben einzuschlagen, gab der Förster einen Schuß ab und traf ihn in die Brust, so daß der **Tod auf der Stelle eintrat**.

* **Vandsburg (Więcbork)**, 8. Januar. Aus Berlin traf hier die Nachricht ein, daß der Verwaltungsdirektor im preußischen Justizministerium, Oberjustizrat Egmont Schütza, an einem Herzleiden gestorben ist. Herr S. war von 1906—1920 bei dem hiesigen Amtsgericht tätig. Der preußische Justizminister Hanns Kerrl nennt den Verstorbenen in einem Nachruf einen lieben Freund, dem er unermüdliche Pflichterfüllung und hervorragende menschliche Eigenschaften nachrühmt. Aus diesem Grunde habe er, so heißt es in dem Nachruf des Justizministers weiter, Egmont Schütza auch in das preußische Justizministerium berufen. — Der Verstorbene verlebte nach seiner Auswanderung nach Deutschland seine Sommerferien größtenteils bei seinen Verwandten in Vandsburg. Bei seinem letzten Aufenthalt setzte er sich besonders stark für eine Verkürzung des Weges vom Bahnhof zur Stadt ein.

✗ **Zempelburg (Sępólno)**, 8. Januar. Der letzte wegen des regnerischen Wetters nur schwach besuchte **Wochenmarkt** brachte folgende Preise: Butter 0,80—1,00 das Pfund, Eier 1,50—1,70 die Mandel, fette Gänse 0,80 das Pfund, Enten 3—3,50, Hasen 2,50; Schleie 0,80, Karpfen 0,90—1,00. Auf dem Schweinemarkt forderte man für Absatzferkel 20—25 Złoty pro Paar.

Auf der kürzlich auf den Zempelkower Gemeindeländereien veranstalteten **Treibjagd** wurden von 10 Schützen 15 Hasen zur Strecke gebracht. Jagdkönig wurde Herr Z. **Sajewski**-Zempelburg.

Im verflossenen Monat Dezember wurden auf dem hiesigen **Standesamt** registriert: 6 Geburten (2 männliche und 4 weibliche), 2 Eheschließungen und 4 Sterbefälle.

---

§ 18.

Ein Protest der Protestanten.

Zu dem **neuen Gesetzentwurf über die Regelung des Verhältnisses des Staates zur Evangelisch-Augsburgischen Kirche** (im ehemals russischen Teilgebiet der Republik Polen), zu dem bekannten Gesetzentwurf also, der weit über die Grenzen unseres Landes hinaus Aufsehen erregte, veröffentlicht **Pastor Krusche** in der **Lodzer „Freien Presse“** vom 7. d. M. folgenden **beschwörenden Aufsatz**:

Gemeint ist der § 18 des neuen Gesetzentwurfes über das Verhältnis des Staates zu unserer Kirche. Dieser Gesetzentwurf steht seit einiger Zeit sowohl in deutschen wie polnischen Blättern zur Debatte. Und es ist in der Tat nicht nur erwünscht, sondern unbedingt notwendig, daß er in allen seinen Einzelheiten durchdacht und bis in seine letzten Konsequenzen hinein verfolgt wird. Denn selbst dem schlichtesten Gliede unserer Kirche sollte es einleuchten, worum es geht, und was auf dem Spiele steht.

Es soll ein Gesetz Kraft erlangen, das vielleicht für Jahrhunderte für unsere Kirche von tiefgreifendster, und unter Umständen geradezu schicksalhafter Bedeutung sein wird.

Vorher gilt es deshalb aus ernsteste zu erwägen, was man annimmt, wodurch und in welcher Weise man sich bindet. **Später** — ist's zu spät! Die Möglichkeit der Änderung des Gesetzes ist im vorliegenden Entwurf nicht vorgesehen, und schwerlich dürfte sich je eine Änderung zum Vorteil der Kirche erreichen lassen. **Jetzt** fällt deshalb die Entscheidung, und **wir** verantworten für die Folgen unserer Stellungnahme vor der Geschichte. Ausdrücklich sei dabei festgestellt, daß das Gesetz uns nicht etwa **aufgezwungen** werden kann. § 115 Abs. 2 der Staatsverfassung, der von den Kirchen der religiösen Minderheiten handelt, lautet: „Das Verhältnis zu diesen Kirchen und Bekenntnissen wird bestimmt werden auf dem Gesetzeswege **nach Verständigung** (po porozumieniu się) mit ihren gesetzlichen Repräsentationen“. Es kann deshalb nicht heißen, **so** und nicht anders **muß** es sein! Und unsere gesetzliche Repräsentation — das erweiterte Präsidium der Synode — wird einmal nicht sagen können: wir **konnten** nicht anders, wir **mußten**! Nein!

Ohne die ausdrückliche Zustimmung der zuständigen Männer unserer Kirche wird der vorliegende Entwurf nicht Gesetz.

Unsere Kirche hat ein gut Teil ihres Schicksals noch in ihrer Hand. Sie mag deshalb zusehen, was für ein Bett sie sich bereitet, und ihre Vertreter mögen zusehen, daß ihre Namen einst mit Ehrerbietung und Dankbarkeit genannt werden und nicht etwa anders.

Aus der Fülle von Fragen und Problemen, welche das Gesetzesprojekt aufweist, greifen wir **eins** heraus. Dabei sind wir allerdings der Meinung, daß wir seinen wundesten und für unsere Kirche gefährlichsten Punkt berühren:

den § 18

Ein jedes lebendige Glied unserer Kirche müßte sich diesen Paragraph näher ansehen und sich über ihn Gedanken machen. Er lautet:

„Sollten die Staatsbehörden die Tätigkeit eines Geistlichen oder eines Mitgliedes irgend eines leitenden Organs der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in der Republik Polen als für den Staat schädlich erachten, dann macht der Kultus- und Unterrichtsminister über solche Vorwürfe dem Vorsitzenden des Konsistoriums Mitteilung zu dem Zweck, damit das Konsistorium entsprechende Anordnungen erlasse.

Wenn es im Laufe von 21 Tagen zu keinem Einvernehmen zwischen dem Kultus- und Unterrichtsministerium und dem Präsidenten des Konsistoriums kommt, beruft das Konsistorium die betreffende Person im Laufe von 7 Tagen von ihrem Amt ab. Nach Ablauf dieser Frist kann der Kultus- und Unterrichtsminister das von dieser Person innegehabte Amt für vakant erklären.“

Es handelt sich somit in diesem Paragraph um die **Absetzung** aus Staatsgründen von **ordnungsmäßig** und mit staatlicher Zustimmung gewählten und **im Amte stehenden Pastoren** (Von den sonst noch in Frage kommenden Personen wollen wir hier absehen).

Wir schicken voraus:

Daß ein solcher Paragraph im Gesetz vorhanden ist, ist selbstverständlich. Unsere Kirche steht strikte auf dem biblischen Standpunkt: **Gebt dem Staate, was des Staates ist.** Und wir stimmen dem bei, daß ein Geistlicher, der gegen diese Verpflichtung gröblich verstößt und ein **wirklicher** Schädling des Staates ist, nicht Diener in unserer Kirche sein kann. Darüber gibt es in unserer gesamten Kirche nicht zweierlei Meinung.

Die Frage ist lediglich:

Was versteht man unter „für den Staat schädlich“? Wer stellt diese „Schädlichkeit“ fest? Wie wird sie untrüglich nachgewiesen? Durch welche Sicherungen wird ein Irrtum oder eine eventuelle Willkür ausgeschlossen? Welche Möglichkeit wird dem Verdächtigten und Angeklagten gegeben, um sich zu rechtfertigen und so seine Stellung, seine Existenz und nicht zuletzt seinen guten Namen zu retten? Und schließlich: welche Mittel stehen unserer höchsten kirchlichen Behörde zur Verfügung, um die Ehre ihrer Kirche hochzuhalten?

Denn darüber muß man sich doch im klaren sein: Der Pastor, der auf diese Weise vom Amte kommt, der ist in jeder Beziehung „erledigt“. **Hin ist sein geistliches Amt**; hin seine materielle Existenz (denn womit soll sich ein auf die Straße gesetzter Pastor sein Brot verdienen?!); hin ist auch sein guter Name, wenn er zum „Schädling“ des Staates gestempelt worden ist.

Es geht aber noch um mehr. Es geht um die Ehre, um das in staatlicher Beziehung unbefleckte Schild unserer Kirche.

Dies rein und blank zu erhalten, muß unsere ernstlichste Pflicht und sorgsamste Aufgabe sein.

Liegen die Dinge **so ernst** und sind sie so weittragend, so müssen doch auch der § 18 und die Fragen, die er aufwirft, so ernst wie möglich genommen werden.

Wir fragen deshalb nochmals: Was gilt laut § 18 als „für den Staat schädlich“? Die Antwort kann nicht anders lauten als:

das, was der Kultusminister für schädlich erachtet

Von **ihm**, von **seinem** Gutdünken **allein** hängt das Urteil ab. Ist dem wirklich so, oder steckt in unserer Darstellung auch nur ein Funken von Übertreibung?

Wer den § 18 genau durchdenkt, wird zugeben müssen, daß das **nicht** der Fall ist. Zwar hat der Präsident des Konsistoriums, also nach der neuen Verfassung der Generalsuperintendent, das Recht und die Möglichkeit, mit dem Minister im Laufe von 21 Tagen zu verhandeln, vor ihm seinen Standpunkt zu vertreten und den Pastor eventuell mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen. **Doch braucht der Minister darauf nicht im geringsten zu reagieren.** Der Minister ist dem Generalsuperintendenten — wenn er nicht will — **nicht einmal Beweise schuldig**. Wenn er lediglich unentwegt auf seinem Standpunkt verharrt, ist der Pastor, auch wenn der Generalsuperintendent sich für ihn mit seiner ganzen Person eingesetzt hat, nach Ablauf der Galgenfrist von 7 Tagen auf der Straße. Der Minister selbst erklärt sein bisher innegehabtes Amt für vakant!

Muß diese Sachlage nicht als höchst bedenklich und gefährlich erscheinen?

An der nötigen **Hochachtung** vor einem Manne, dem ein hohes Amt anvertraut ist, fehlt es uns Evangelischen wahrhaftig nicht. Aber ein Minister ist auch nur ein Mensch. Vergessen wir dabei doch auch nicht, daß wir in einem durch und durch **katholischen** Staate leben, dessen Vizeminister für Kultus und Unterricht ein katholischer Priester ist. Ist es denn ausgeschlossen, daß nicht ein katholischer Priester auch einmal wirklicher Minister wird? Was kann dieser § 18 deshalb unter Umständen nicht alles an Überraschungen zeitigen?!

Darin, daß die **Entscheidung** über die Absetzung eines Pastors sich in der Hand **einer** Person, des Ministers, befindet, liegt — so bedenklich dies an und für sich schon ist — **trotzdem noch nicht die eigentliche Gefahr des § 18.** Der Minister fällt sein Urteil doch nicht auf Grund **persönlicher** Erkenntnis und Erfahrung, sondern er stützt sich auf die Rapporte anderer Personen. Wir stellen diese **Abhängigkeit** seines Urteils von niedrigeren Instanzen ausdrücklich fest.

Was weiß der **Minister** von dem angeklagten Pastor? Die Antwort kann nicht anders lauten als: das, was ihm der Wojewode über ihn mitteilt. Was weiß der **Wojewode** vom Pastor? Das, was der Starost ihm von ihm mitteilt? Was weiß der **Starost** vom Pastor? Auch hier wird es in den meisten Fällen lauten müssen, das, was ihm die betreffenden Referenten mitteilen. Und was wissen die **Referenten** vom Pastor? Das, was die untergeordneten dienstlichen Organe, **Polizeibeamte** usw. ihnen melden oder **Privatpersonen** ihnen zutragen. Darum:

Hier unten und nicht erst oben entscheidet sich das Schicksal des Pastors.

Wie hier unten gehört, verstanden, gedeutet und beurteilt wird, das entscheidet beim Wojewoden. Und wenn der Wojewode erst einmal einen bestimmten Standpunkt eingenommen hat, dann wird der Minister sich kaum anders dazu stellen. Was bei diesem Sachverhalt alles unterlaufen kann, liegt auf der Hand.

Selbst ohne jegliche böswillige Absicht können durch Mißverständnisse und absichtliche Verleumdungen Eindrücke entstehen und Schlüsse gezogen werden, die selbst einen durchaus loyalen Pastor als „Schädling des Staates“ erscheinen lassen.

An Beispielen und Beweisen dafür ist die Geschichte unserer Kirche keineswegs arm. Im Bedarfsfalle können wir deshalb mit **Belegen** aufwarten. Wenn trotzdem in unserer Kirche der Fall der Entlassung eines Pastors aus angeblichem Staatsinteresse noch nicht eingetreten ist, so lediglich **dank der vielgeschmähten alten Verfassung** aus der Zeit des Despoten **Nikolaus I.** Nach dieser Verfassung kann der Kultusminister nämlich — auch wenn er es will — mit nichten einen Pastor seines Amtes entheben. Darum ist es auch unserem Generalsuperintendenten bisher gelungen, die Stellung seiner Pastoren und die Ehre der Kirche mit Erfolg zu verteidigen. Das unterliegt deshalb nicht dem geringsten Zweifel, daß die **alte** Verfassung in **dieser** Beziehung **hundertmal besser ist als der** vorliegende Gesetzentwurf.

Kann eine Kirche **mit gutem und ruhigem Gewissen** ein Gesetz gutheißen, das ihren **Pastorenstand** und darüber hinaus **ihre Ehre** aufs schwerste **gefährdet?** Solange diese Kirche wirkliches Ehrgefühl und wahres Verantwortungsbewußtsein besitzt, kann ihre Antwort nicht anders lauten, als: **Nein! Und nochmals: Nein!**

Pastor **Krusche.**

*

Ausländische Stimmen zum Warschauer Gesetzentwurf.

Nachdem deutsche Blätter des In- und Auslandes ausführlich über den vorliegenden Gesetzentwurf berichtet haben, der das Verhältnis der evangelisch-augsburgischen Kirche zum Staate regeln soll, hat auch die **niederländische Presse** dagegen Stellung genommen. Die Tageszeitung „**De Nederlander**“ spricht von einer **großen Gefahr, die dem Protestantismus damit drohe**, und legt eingehend die einzelnen Paragraphen dar, die die **Freiheit der Kirche** besonders angreifen. **Betont wird**, daß die polnische Verfassung den evangelischen Kirchen zwar die **gleichen Rechte** verleihe wie der römisch-katholischen, daß aber mit der katholischen Kirche bereits ein **Konkordat** abgeschlossen sei, das **diese Kirche sehr günstig** stelle. Nach einem weiteren Bericht über die weggenommene **evangelische Kirche in Choroszcz** schließt der Artikel mit der Mahnung: „In einem Lande, wo solche Dinge möglich sind und wo sich der Gegensatz zwischen polnischen Katholiken und deutschen und polnischen Evangelischen stark geltend macht, ist große Wachsamkeit von seiten des **Protestantismus** geboten.“

Auch in **Lettland** hat sich das deutsche evangelisch-lutherische Kirchenblatt kritisch mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Das Blatt urteilt folgendermaßen: „**Die deutschen evangelischen Gemeinden haben an ihrem Warschauer Konsistorium nicht den geringsten Halt.** Im Gegenteil soll das Konsistorium für die drohende Knechtung der Kirche **voll verantwortlich** sein. Vierzehn Jahre haben in Polen die evangelischen Kirchen auf eine Verfassung warten müssen. **Der nun entstandene neue Gesetzentwurf wird, falls er zur Annahme gelangt, der Kirche Fesseln anlegen, wie sie grundsätzlich in keinem anderen Staate vorhanden sind.**“

*

Der „**Posener Zeitungsdienst**“ **bemerkt dazu:**

Es ist Zeit, daß die **Warschauer Kirchenleitung** endlich entscheidende **Schritte unternimmt**, diesen unmöglichen Gesetzentwurf **zurückzuweisen**. Die einmütige ablehnende Haltung aller bewußt kirchlich denkenden Kreise, **auch aus dem polnischen Lager**, müßte sie darin bestärken, diesen Entschluß recht bald durchzuführen, damit die **schwere Sorge**, die eine **Gefahr für den gesamten Protestantismus** bedeutet, **von den Gemütern** genommen wird.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 11. Januar.

Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 08.45: **Leibesübung für die Frau.** 09.00: Schulfunk: Stunde der Berufsschule. 09.40: Joh. Peter Hebel: „Aus dem Schatzkästlein“. 10.10: Franz **Köppe**: Deutscher Humor in Dichtung und Lied. 10.50: Turn- und Sportstunde (II): Einführung in das Boxen. 12.00: **Schallplatten.** 14.00: Musik aus Opern (Schallplatten). 15.10: Haushalt für Anfänger. 15.45: Tiergeschichten. E. T. A. Hoffmann: Aus „Kater Murr“. 16.00: Konzert. 17.00: H. Bettin: Neue Winke für den Fotobastler. 17.20: Aus Operetten (Schallplatten). 18.05: Zur Unterhaltung. 18.30: Stunde der Scholle. 15.50: Wetter. Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. 19.00: **Stunde der Nation. „Deutsche Kantate“.** 20.00: Kernspruch. Anschl.: **Deutsch-Schwedisches Orchesterkonzert.** Lissie v. Rosen, Sopran; Bruno Hinze-Reinhold, Klavier. Berliner Philh. Orch., Ltg.: Dr. E. Praetorius. 23.00—24.00: **Brüder Strauß.**

Breslau-Gleiwitz.

06.45: Konzert. 07.35: **Konzert.** 09.00: Stunde der Hausfrau. 10.10—10.40: Schulfunk. 12.00: **Konzert.** 13.25: Orchester- und Instrumentalmusik (Schallplatten). 15.10: Alle mal herhören! 15.20: Die wirkliche Wirtschaft. 15.30: **Kinderfunk.** 16.00: Konzert. 17.50: Meister der Gesangslinie. 18.30: Zeitdienst. 19.00: **Stunde der Nation. „Deutsche Kantate“.** 20.30: **Bissiges Wort und fröhliche Musik.** 21.20: **Die klassische Operette in Querschnitten.** 23.00—00.30: Nachtkonzert.

Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 09.05: Gemeinsame Arbeit mit jungen Frauen. 11.30: Konzert. 13.05: Frohe Musik und Lied (Schallplatten). 15.20: Bücherstunde. 15.30: Jugendstunde. 16.00: Unterhaltungsmusik. 17.00: Fischer am Kurischen Haff. 17.30: Deutsche Hausmusik. 18.00: Bauer und Arbeiter. 18.25: Landfunk. 18.50: Wetter. 19.00: **Stunde der Nation. „Deutsche Kantate“.** 20.00: Nachrichten. 20.05—24.00: **Sie wünschen — wir spielen.**

Leipzig.

06.45: Konzert. 07.25: **Konzert.** 09.00—09.20: Stunde der Hausfrau. 10.10—10.40: Schulfunk. 11.20: Landwirtschaftsfunk. 11.50: Nachrichten. 12.00: **Konzert.** 14.25: Schallplatten. 15.20: Die Bachstelze. 16.00: **Konzert.** 17.30: Forschung und Heidentum. 17.50: Meister der Gesangslinie. 18.10: Spitzenleistung deutscher Forschungsarbeit. 19.00: **Stunde der Nation. „Deutsche Kantate“.** 20.10: Österreich. 20.30: **Bissiges Wort und fröhliche Musik.** 21.20: **Quer durch drei klassische Operetten.** 22.20: Nachrichten. 23.00—00.30: **Nachtkonzert.**

Warschau.

07.20: Schallplatten. 07.40: Schallplatten. 12.05: Polnische Tänze (Schallplatten). 15.40: Salonmusik. 17.15: Vierhändige Klaviermusik. 20.00: **Leichte Musik.** Funkorch. Solisten: Faliszewski, Gesang; **Ginzburg, Cello.** 21.15: **Konzertfortsetzung.** 22.00: Tanzmusik.

Erkenntnis statt Rassenhochmut.

Für die Aufwärtsentwicklung des deutschen Volkes sind von der nationalsozialistischen Regierung bereits entscheidende Maßnahmen durch die neue Gesetzgebung, zum Beispiel das Sterilisierungsgesetz getroffen worden. Vom Aufklärungsamt für Bevölkerungs-Politik und Rassenpflege wird jetzt darauf hingewiesen, daß die praktische Mitarbeit der Volksgenossen für die Aufwärtsentwicklung der Nation neben den gesetzgeberischen Maßnahmen unerläßlich sei. Ein besonders wichtiges Gebiet für diese praktische Mitarbeit sei die Familienkunde. Nur durch eigene Anschauung und durch gründliche Beobachtung könnten die störenden Erscheinungen wie Rassenhochmut, Familiendünkel und Blondfimmel aus unserer Volksgemeinschaft verschwinden und einer klaren Erkenntnis Platz machen. Eine Beurteilung der einzelnen Menschen erlaube nicht die Beschränkung auf äußere Erscheinungen, sondern fordere die Beachtung der Familiengesetzmäßigkeiten und Erfahrungen aus der Geschichte. Gerade für die jungen Leute sei dies wichtig; denn bei der Gattenwahl sei die richtige Beurteilung maßgebend und Gattenwahl und Geburtenpolitik seien allein entscheidend für unseres Volkes Zukunft.

Jeder verantwortungsbewußte Deutsche solle daher Familiengeschichte betreiben. Dazu müßte er z. B. eine Lichtbild-Sammlung mit genauen Daten und Bezeichnung der einzelnen Familienmitglieder anlegen, einschließlich aller erreichbaren Bilder von Verwandten. Auch gehöre die wahrheitsgetreue Niederschreibung des Lebenslaufes der Familienmitglieder in dieses Gebiet und die Sammlung von Nachrichten über alle Vorfahren und Nachfahren nach einem bestimmten Schema. Wegen der Wichtigkeit der familienkundlichen Arbeiten könnten und würden in Zukunft amtliche Stellen Richtlinien vorschreiben und gewisse Angaben zur Eintragungspflicht eines jeden Volksgenossen machen. Besonders werde das für die gesundheitlichen und rassenbiologischen Gebiete in Frage kommen. Trotzdem bleibe noch viel freiwillige Arbeit übrig. Dazu gehöre z. B. auch die Aufstellung einer Ahnentafel, für die man das Material von Verwandten, Meldeämtern, aus Kirchenbüchern, Archiven usw. sich beschaffen kann. Im neuen Deutschland solle Familienkunde Unterrichtsfach werden, weil sie betrieben werde als Dienst am Volke.

*

Keine Adoption von Nichtariern

durch Arier und umgekehrt.

Der preußische Minister des Innern hat die Regierungspräsidenten angewiesen, der Bestätigung von Kindes-Annahmeverträgen im öffentlichen Interesse zu widersprechen, wenn der Vertrag zwischen einem arischen und einem nichtarischen Vertragsteil geschlossen werden soll, desgleichen dann, wenn der Anzunehmende einer körperlich, geistig oder moralisch minderwertigen Sippe entstammt.

Der Streit um des Führers Mantel.

Vor einigen Tagen berichteten wir von dem Zusammentreffen des Reichskanzlers mit zwei Arbeitsdienstmännern, die ihren Zug versäumt hatten und einen langen Marsch durch den Winterabend zurücklegen mußten. Der Führer schenkte ihnen seinen Trenchcoat und seinen Automantel. Diese Schenkung hat, wie der „Völkische Beobachter" mitteilt, eine Reihe von Menschen in große Erregung versetzt. Die Redaktion des Blattes wird bestürmt:

„Das Telephon in der Schriftleitung steht den ganzen Tag nicht still, der Botenmeister schreibt eine Anmeldung nach der anderen aus, die Boten kommen gespritzt, die Türen des Empfangszimmers öffnen sich und wieder sitzt man einer Dame oder einem Herrn gegenüber, der nach einigen Einleitungen vorsichtig auf den Kern seines Anliegens zu sprechen kommt: „Sie wissen doch, hier steht: Der Führer hat seinen Mantel verschenkt ... Wer hat den Mantel? Wie sieht er aus? Wo ist er zu haben? Wann kann man ihn besichtigen?!"

Wehrt man achselzuckend ab, dann brechen die Dämme der Beredsamkeit, die Schleusen öffnen sich, und sie schlagen mit der Faust wie mit einem Auktionshammer auf den Tisch: „Oh, ich gebe 500 RM! — Ich gebe auch 750! — Ich gebe sogar 1000 RM und zwei funkelnagelneue Winterpaletots noch dazu! Aber ich muß den Mantel des Führers haben! Er darf nicht aufgetragen werden, er gehört in ein nationalsozialistisches Museum. Er ist zu schade ..."

Der „Völkische Beobachter" bemerkt dazu: „Nein, er ist nicht zu schade. Er wird seine guten Dienste leisten, ohne im Museum aufgebahrt zu werden, und im übrigen wird der Mantel des Führers auch den armen Arbeitsdienstwilligen unverkäuflich sein."

*

Der Doktorhut kann entzogen werden ...

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister des Innern folgenden Runderlaß an die ihm unterstellten Polizeibehörden gerichtet:

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat durch Runderlaß vom 4. 10. 1933 die Hochschulen ersucht, von jeder erfolgten Promotion der zuständigen Ortspolizeibehörde, bei der der Doktorand polizeilich gemeldet ist, Kenntnis zu geben. Da es erwünscht ist, daß Inhabern des Doktor- oder Lizentiatengrades einer preußischen Hochschule, die wegen einer ehrenrührigen Handlung rechtskräftig verurteilt sind, der Grad von der Hochschule gemäß den Promotionsordnungen wiederentzogen wird, ersuche ich, der zuständigen Hochschule jede derartige Verurteilung unmittelbar mitzuteilen.

*

Keine Auslanddeutschen in der SA

Die deutschen Behörden haben entschieden, daß Auslanddeutsche nicht in die SA aufgenommen werden dürfen.

Die Umschuldung der Erbhöfe

wird auf 8 Milliarden RM. geschätzt.

Die Durchführung des Reichserbhofgesetzes wird eine Reihe sehr wichtiger Maßnahmen mit sich bringen. Zu den sich daraus ergebenden Problemen nimmt der Präsident des Verbandes deutscher öffentlicher Kreditanstalten, Dr. Kokotkiewicz, in der „Nationalsozialistischen Landpost" Stellung Zunächst müsse einmal die auf den Erbhöfen lastende privatrechtliche Verschuldung, die Dr. Kokotkiewicz auf etwa 8 Milliarden Reichsmark schätzt, abgelöst werden. Zweitens sei dafür zu sorgen, daß die für die Betriebsführung notwendigen Mittel dem Bauern zur Verfügung stehen, ohne ihn erneut der Gefahr der Verschuldung auszusetzen.

Die Erbhofentschuldung könne selbstverständlich nicht im Wege der Schuldenstreichung erfolgen, sie müsse in der Weise durchgeführt werden, daß die privatrechtlichen Lasten der Erbhöfe durch eine aus dem Ertrage zu entrichtende Rente abgelöst werden. Diese Sanierung größten Ausmaßes soll derart erfolgen, daß die Gläubiger den Gegenwert ihrer ehemaligen Forderungen — und zwar die nicht innerhalb der Mündelsicherheitsgrenze gesicherten Gläubiger nach entsprechender Abwertung — in der Form von Rentenbriefen erhalten. Die Rentenbriefe sollen einen angemessenen Zins tragen, allmählich getilgt werden und als mündelsichere fungible Kapitalsanlage verwertbar sein. Der Präsident des Verbandes deutscher öffentlicher Kreditanstalten weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Gläubiger sich allerdings Abstriche ihrer dubiosen Forderungen gefallen lassen müssen, und aß sich für die Beteiligten, z. B. für die Genossenschaften, daraus neue Probleme ergeben werden. Die Sicherheit des Pfandbriefkredits werde aber nicht beeinträchtigt werden, da nach dem landwirtschaftlichen Schuldenregelungsgesetz die Deckungsmasse intakt erhalten werden soll.

Zu der Frage der Betriebskredite weist Dr. Kokotkiewicz darauf hin, daß nach dem Erbhofgesetz die Verpfändung des Grundbesitzes für Zwecke des Betriebskapitals ausgeschlossen ist, daß aber an Stelle der Pfandsicherung die Disziplinargewalt des Nahrungsstandes und seiner Organe trete. Dem Bauer, der seinen Schuldverpflichtungen nicht nachkomme, könne Verwaltung und Nutznießung des Erbhofes entzogen werden, wodurch dem Gläubiger die Gewähr dafür gegeben sei, daß er gegenüber pflichtwidrig handelnden Schuldnern geschützt wird. Schließlich ist der Reichsnährstand ermächtigt, gegebenenfalls auf die Mitteilung einer geplanten Zwangsvollstreckung hin die Schuld zu übernehmen. Es sei anzunehmen, daß diese Regelung sich zu einem starken Kreditfundament entwickelt und genügen werde, um die Versorgung der Bauern mit Waren- oder Barkrediten zu ermöglichen.

Sehr bedeutsame Folgen deutet Dr. Kokotkiewicz aus dem Erbhofgesetz für die Kreditmärkte an, wobei er besonders auf den erheblichen Verlust an Debitoren bei den landwirtschaftlichen Kreditinstituten hinweist, so daß eine Vereinfachung des Kreditapparates zur Notwendigkeit werden dürfte.

*

Oberst von Witzleben

Befehlshaber vom Wehrkreis III.

Als Nachfolger des zum Chef der Heeresleitung ernannten Generalleutnants Freiherrn von Fritsch ist Oberst von Witzleben, Infanterieführer VI, zum Kommandeur der 3. Division und Befehlshaber im Wehrkreis III ernannt worden, und zwar unter Beförderung zum Generalmajor.

Der neue Kommandeur der 3. Division und Befehlshaber im Wehrkreis III, Generalmajor Erwin von Witzleben, wurde im Jahre 1881 in Breslau geboren. Er ist verheiratet; sein Vater war Offizier. Nach dem Besuch der Kadettenanstalt trat er 1901 als Leutnant in das Grenadier-Regiment Nr. 7 ein. Bei Ausbruch des Krieges rückte er als Brigade-Adjutant ins Feld. Nach längerem Frontdienst wurde er 1917 Generalstabsoffizier. Nach dem Kriege war er Kompaniechef, dann im Generalstab der 4. Division. 1926 trat von Witzleben als Generalstabsoffizier zum Infanterieführer III in Potsdam. 1928 wurde er Bataillonskommandeur im Infanterie-Regiment 6, 1930 Chef des Stabes der 6. Division. Am 1. April 1931 wurde von Witzleben zum Oberst befördert, dann Kommandeur des Infanterie-Regiments 8. Seit dem 1. Oktober 1933 war er Infanterieführer VI Hannover.

Rückkehr in die Volksgemeinschaft.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Ministerpräsident aus Anlaß der Weihnachtsamnestie zum Ausdruck gebracht, daß die Schutzhäftlinge, die nunmehr zur Entlassung gekommen sind, sich nicht als Ausgestoßene betrachten sollen, sondern sich bemühen müssen, den Weg zur Volksgemeinschaft zurückzufinden. In der Durchführung dieses Vorsatzes darf auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei den Entlassenen seitens der Behörden und der Öffentlichkeit keine besondere Schwierigkeit bereitet werden. Der Zweck der großen Entlassungsaktion werde jedoch erst dann vollständig erreicht werden, wenn überall im Sinne des Wunsches des preußischen Ministerpräsidenten die entlassenen Schutzhäftlinge als vollgültige Volksgenossen behandelt würden.

Wie das Geheime Staatspolizeiamt hierzu bemerkt, dürfen selbstverständlich alte verdiente Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung, insbesondere die Angehörigen der SA. und SS. durch Maßnahmen zugunsten der früheren politischen Gegner nicht benachteiligt werden. Jedoch werde auch gerade bei den alten Nationalsozialisten Verständnis dafür bestehen, daß der Sieg erst dann vollkommen sei. wenn diese, auch die früheren Gegner, für den nationalsozialistischen Volksstaat gewonnen seien. Verfehlt würde es daher sein, die entlassenen Schutzhäftlinge von den Organisationen des neuen Staates grundsätzlich und für alle Zeit fernzuhalten.

Der preußische Ministerpräsident wolle nicht. daß diese Volksgenossen nur deshalb, weil sie in einem Konzentrationslager waren, benachteiligt werden sollen, so daß ihnen z. B. die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses nur allein aus dem Grunde unmöglich gemacht werde, weil sie ehemalige Schutzhäftlinge seien. Es werde erwartet, daß schon die örtlichen Dienststellen im Bewußtsein ihrer Verantwortung als Organe des nationalsozialistischen Staates den früheren Häftlingen Förderung und Unterstützung angedeihen ließen.

Die Fürsorge für die entlassenen Häftlinge sei am wirksamsten durchzuführen, wenn sie bereits bei den untersten Organen des Staates einsetze und von dort in das Volk hineingetragen werde. Die Aufsichtsbehörden hätten deshalb nicht nur darüber zu wachen, daß die Beamten in dieser Hinsicht ihre Pflicht erfüllten, sondern daß überhaupt bei keiner Stelle durch die Außerachtlassung dieser Richtlinien das Einigungswerk des Führers sabotiert werde.

*

Zwei katholische Geistliche in Schutzhaft.

Die Politische Polizei in Stuttgart hat zwei katholische Geistliche festgenommen und in das Schutzhaftlager Heuberg gebracht. 20 Schutzhäftlinge, die als Opfer gewissenloser Verführer anzusehen sind, wurden gleichzeitig aus dem Lager entlassen.

Zu der Verhaftung der Geistlichen wird von zuständiger württembergischer Seite mitgeteilt, daß sich die Politische Polizei infolge der wachsenden Erregung in einzelnen Orten über die politische Betätigung von Geistlichen nach sorgfältiger Prüfung aller Umstände zu Gegenmaßnahmen habe entschließen müssen.

Im Zusammenhang mit diesen Festnahmen wird auf verschiedene Beispiele politischer Agitation durch katholische Pfarrer hingewiesen. So habe ein Geistlicher zur Hinrichtung von sechs Kölner Kommunisten eine heilige Messe abgehalten und sich mit den ihm anvertrauten Kindern im Religionsunterricht über diese Hinrichtung auseinandergesetzt.

*

Herzog Albrecht nicht in Haft.

Immer wieder taucht in einer gewissen nichtdeutschen Presse die Behauptung auf, daß Herzog Albrecht von Württemberg, weil er sich nicht an der Wahl am 12. November beteiligt habe, sich in einem Konzentrationslager befinde.

Herzog Albrecht von Württemberg hat sich an der Wahl nicht beteiligt. Herzog Albrecht von Württemberg ist deswegen aus dem Stahlhelm und den Offiziersvereinigungen, denen er bis dahin angehörte, ausgeschlossen worden. Er ist sonst in keiner Weise belästigt oder in ein Konzentrationslager, auch nur vorübergehend, gebracht worden. Er hat sich lediglich, da er wohl eingesehen hat, daß seine gesellschaftliche Stellung in Württemberg und insbesondere in Stuttgart erledigt war, auf sein ihm gehöriges Schloß Böblingen am Neckar zurückgezogen, wo er völlig unbehelligt lebt.

*

Neue Meineidsklage gegen Hippel.

Die Sonderuntersuchungskommission gegen den ostpreußischen Landwirtschafts-Führer von Hippel hat gegen ihn eine weitere Anklage wegen fortgesetzter Untreue und wegen Betruges erhoben. Außerdem ist auf Antrag der Sonderuntersuchungskommission 1 des preußischen Justizministeriums die Voruntersuchung gegen von Hippel, Hellmer, Mohr, Hinz, Saßnick und Weber wegen Meineides und Verleitung zum Meineid eröffnet.

*

Zum ersten Mal: Entmannung wegen Gemeingefährlichkeit.

Die Bestimmungen des neuen, am 1. Januar in Kraft getretenen Gesetzes über Maßnahmen der Sicherung und Besserung fanden am Freitag vor der Ersten Großen Strafkammer in Görlitz Anwendung. Auf der Anklagebank saß der 54jährige Arbeiter Georg P. wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Personen unter 14 Jahren. Der Angeklagte, der schon wegen ähnlicher Delikte mit hohen Gefängnisstrafen vorbestraft ist, hatte sich trotzdem wiederum an einem Knaben sittlich schwer vergangen. In der Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, erhielt der Angeklagte eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Außerdem ordnete das Gericht die Entmannung des Verbrechers wegen Gemeingefährlichkeit an.

Marie-Luise,

Die mysteriöse Spionage-Aktion in Europa.

Wie von einem Berliner Spätabendblatt gemeldet wird, haben die von der Pariser Geheimpolizei in Zusammenhang mit der finnischen Spionageaffäre geführten Ermittlungen über die Persönlichkeit der geheimnisvollen Marie-Luise Stahl alias Lydia Stahl noch keinen Aufschluß gebracht. Jedenfalls ist sie nicht identisch mit der Marie-Luise Martin, die in Verfolg einer früheren Fahndungsaktion in Finnland vor einigen Wochen in Helsingfors verhaftet wurde. Diese Frau hatte seinerzeit den finnischen Leutnant Pavo Pentikaeinen dazu veranlaßt, ihr Dokumente und geheime Papiere aus dem finnischen Generalstab zu verschaffen. Pentikaeinen war als Leiter der photo-chemischen Abteilung im Außenministerium von Helsingfors tätig. Vor seiner Festnahme schützte ihn die Flucht nach Rußland, die er in einem gestohlenen Auto bewerkstelligte.

Marie-Luise Martin, die offenbar mit Lydia Stahl zusammengearbeitet hat, gab sich als Witwe eines amerikanischen Diplomaten aus. Sehr bald zeigte sich aber, daß ihre Ausweispapiere gefälscht waren. Vor einigen Tagen lief bei der Kriminalpolizei in Helsingfors aus einer kleinen Stadt des amerikanischen mittleren Westens ein Brief ein, den die Frau eines amerikanischen Konsuls mit dem Namen Marie-Luise Martin unterschrieben hatte. Die Genannte war nach dem vor einigen Jahren erfolgten Tod ihres Mannes aus dem Baltikum nach Amerika ausgewandert.

Offenbar war es der internationalen Spionage gelungen, einige auf den Namen der Amerikanerin lautende Ausweispapiere in ihren Besitz zu bringen. Die Spionin, die sich Marie-Luise Martin nannte, stand, wie die Pariser Geheimpolizei feststellte, mit der in der französischen Hauptstadt verhafteten Lydia Stahl und mit dem ebenfalls festgenommenen Professor Martin in Verbindung. Diese Lydia Stahl, eine geborene Russin, die aus dem Don-Gebiet stammt, ist eine ältere Frau von überraschender Gelehrsamkeit. In dem Augenblick, in dem sie in ihrer eleganten Wohnung festgenommen wurde, arbeitete sie an der Übersetzung eines alten chinesischen Schriftstückes.

Wirtschaftliche Rundschau.

Polens Metall- und Maschinenindustrie im Jahre 1933.

Einem Bericht des Direktors des Verbandes der polnischen Metallindustriellen, Ingenieur Pichelski, über die Lage der polnischen Metall- und Maschinenindustrie im vergangenen Jahr entnehmen wir folgende Einzelheiten:

Die Gesamtsituation in der verarbeitenden Metallindustrie Polens erfuhr im Laufe des Jahres 1933 eine geringe Besserung im Vergleich zum Jahre 1932. Der Beschäftigungsstand hat in einzelnen Zweigen eine kleine Belebung, in anderen wiederum eine gewisse Verschlechterung erfahren. Der Beschäftigungsindex stellt sich wie folgt dar:

Januar 1929:	100 %
Januar 1930:	81 %
Januar 1931:	57,4 %
Januar 1932:	43,9 %
Januar 1933:	36 %

Die monatliche Durchschnittsbeschäftigung erreichte bis Ende 1933 im übrigen 38,8 Prozent. Eine gewisse Verschiebung erfolgte zugunsten der kleinen und Mittelbetriebe, während die Großbetriebe zu einer Einschränkung des Beschäfigungsstandes gezwungen waren.

Eine Besserung der Lage konnte vor allem in der Gießerei-Industrie festgestellt werden. Der Beschäftigungsstand der Gießereien hob sich um 20—30 Prozent gegenüber dem Jahre 1932. Eine gewisse Besserung konnte ferner in der Draht- und Nagelindustrie beobachtet werden. Gestiegen ist auch die Beschäftigung der Textilmaschinenfabriken, und zwar hauptsächlich infolge intensiverer Exporttätigkeit.

Eine Produktionsbelebung trat ferner in der Emaillegeschirr- und Blechverpackungsindustrie in Verbindung mit größeren Exportaufträgen ein. Charakteristisch ist die Tatsache, daß trotz Besserung des Beschäftigungs- und Auftragsstandes die finanzielle Lage der Unternehmungen keine Besserung erfahren hat. Der scharfe Wettbewerb hat einen Rückgang der Preise bis auf das Niveau der Selbstkosten verursacht, die unter die Selbstkosten des Jahres 1932 gesunken sind. So gingen beispielsweise in der Gießereiindustrie trotz erheblicher Besserung des Beschäftigungsstandes gegenüber 1932 die finanziellen Umsätze der Fabriken zurück und lagen teilweise nicht unerheblich unter denen des Vorjahres.

In der polnischen Landmaschinenindustrie konnte eine Besserung der Lage nicht eintreten, da auch die Situation der polnischen Landwirtschaft sich nicht gebessert hat. Die Produktion der Landmaschinenfabriken hielt sich daher auf dem sehr niedrigen Niveau des Vorjahres. Die Produzenten von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten konnten jedoch die Beobachtung machen, daß in Zeiten relativer Besserung der Agrarproduktenpreise der Eingang von Bestellungen seitens der Landwirtschaft sich sofort belebte. Solange also die Landwirtschaft nicht aus der Krise heraus ist, kann die polnische Landmaschinenindustrie, so folgert man, mit einer Belebung der Produktion und des Absatzes kaum rechnen.

Angesichts dieser Situation am inländischen Metall- und Maschinenmarkt nimmt die Frage des Exports nach Ansicht des Direktors Pichelski an Bedeutung zu. Das Ansteigen der Ausfuhr von Textilmaschinen, Emaillegeschirr, Blechpackungen usw. läßt erkennen, daß auf diesen Gebieten ziemlich bedeutende Möglichkeiten vorhanden sind. Man müsse jedoch, so heißt es weiter, für den polnischen Export der metallverarbeitenden Industrie Bedingungen schaffen, die eine Konkurrenzmöglichkeit im Auslande eröffnen.

Mit der Frage der Forcierung der Ausfuhr wird sich eine besondere Kommission befassen, die der Verband in nächster Zeit einsetzen will. Diese Kommission soll einen Exportplan ausarbeiten und zwar für jede Branche der verarbeitenden Industrie.

Gdingen im Jahre 1933.

Nach den bisherigen amtlichen Berechnungen erreichte der Warenumschlag im Hafen von Gdingen im Jahre 1933 — 6 203 850 Tonnen, wovon auf den Export 5 232 160, auf den Import 869 260 Tonnen und auf den Küstenverkehr 102 430 Tonnen entfallen. Gegenüber dem Jahre 1932 ist der Import in Gdingen um 100 Prozent, der Export um etwa 20 Prozent angestiegen.

4417 Schiffe verschiedener Flagge liefen i. J. 1933 den Gdinger Hafen an. Im Jahre 1932 waren es nur 3835 Schiffe.

Von den Einfuhrpositionen sind besonders angestiegen: Eisenschrott 321 700 Tonnen (1932 nur 123 907). Heringe 19 840 Tonnen (gegenüber 8920), Baumwolle 76 770 Tonnen (26 839). Weiter weisen eine beträchtliche Erhöhung auf Jute, Kaffee, Kakao, Harze, Fette, Häute, Gerbstoffe und einige kleinere Positionen. Gefallen ist fast durchweg die Einfuhr aller künstlichen Düngemittel, außerdem die Erzeinfuhr und die Früchteeinfuhr.

In der Ausfuhr weist die prozentmäßige stärkste Steigerung die Holzausfuhr auf mit 254 580 Tonnen Ausfuhr gegenüber 88 020 Tonnen im Jahre 1932. Stark angestiegen ist auch die Ausfuhr von Eiern, Eisenerzeugnissen, Schienen, Spiritus und Koks, etwas auch die Kohlenausfuhr. Zurückgegangen ist die Ausfuhr von Bacons und Schinken, Reis und Reismehl, Zellulose und Stickstoffverbindungen.

Vor der Aufnahme der Erzeugung von Kondensmilch in Polen. In Kürze wird am polnischen Markt kondensierte Büchsenmilch inländischer Produktion erscheinen. Die Versuche, die im Laufe des Jahres 1933 durchgeführt worden sind, sollen günstige Ergebnisse gezeitigt haben. Zum Vertrieb gelangt Milch in Büchsen von 400 Gramm Gewicht. Das Produkt soll angeblich in keiner Hinsicht den Auslandserzeugnissen nachstehen und wesentlich billiger sein, als die Auslandsware. Wie verlautet, wird sich der Preis einer 400-Gramm-Büchse auf 80 Groschen stellen.

Polnische Saatkartoffeln für Spanien. Die spanische Zollbehörde hat durch Runderlaß die Einfuhr von Saatkartoffeln aus Polen unter der Bedingung gestattet, daß die Einfuhr auf dem Seewege erfolgt und kein französischer Hafen angelaufen wird. Außerdem muß jeder Sendung eine Gesundheitsbescheinigung beigefügt werden. In interessierten polnischen Kreisen hofft man, nach Spanien größere Geschäfte in Saatkartoffeln abschließen zu können.

Die neuen polnischen Einfuhrkontingente für Pflanzenöle. Der Verband der polnischen Landwirtschaftskammern hat dem polnischen Handelsminister nach erfolgter Einigung der interessierten Fachkreise vorgeschlagen, das Einfuhrkontingent für flüssige Pflanzenöle für das Wirtschaftsjahr 1933/34 auf 11 000 Tonnen festzusetzen. Der übrige Bedarf soll durch Inlandsproduktion gedeckt werden, und zwar soll die Mohn- und Rübsamenverarbeitung 1600 Tonnen Öl ergeben. Erst wenn es nicht gelingen sollte, diese Leistung zu vollbringen, soll die Frage eines Zusatzkontingents im Frühjahr 1934 näher erwogen werden. Das Einfuhrkontingent für Leinsamen für das Wirtschaftsjahr 1933/34 soll auf 10 500 Tonnen festgesetzt werden. Die bisherige Einfuhr im laufenden Wirtschaftsjahr soll auf die Kontingente angerechnet werden, die ab 15. Februar 1934 bei Bedarf ergänzt werden können.

Viehmarkt.

v **Thorner Vieh- und Pferdepreise.** Die amtliche Preisnotierungskommission bringt vom Hauptmarkt am 4. Januar d. J. folgenden Bericht: Aufgetrieben waren 68 Rinder, 80 Schweine, 5 Kälber, 5 Ziegen, 125 Läuferschweine. 118 Ferkel und 231 Pferde, zusammen 627 Tiere. Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht loko Viehmarkt Thorn: Kühe, nicht gemästet, gut ernährt 42—46, mittelmäßig ernährt 34—40 Zloty; Schweine, vollfleischig von 120—150 Kilogramm Lebendgewicht 88—94, vollfleischig, von 100—120 Kilogramm Lebendgewicht 82—86, vollfleischig, von 80—84 Kilogramm Lebendgewicht 80—84 Zloty; Nutz- und Zuchttiere pro Stück: ältere Pferde 70—120, Arbeitspferde 160—260, gute Pferde 350—500 Zloty; ältere Kühe 120—170, mittlere Kühe 160—220, gute Kühe 220—300 Zloty; Läuferschweine über 35 Kilogramm Lebendgewicht 35—40, unter 35 Kilogramm Lebendgewicht 18—28 Zloty; Ferkel pro Paar 10—16 Zloty.

London, 8. Januar. Amtliche Notierungen am englischen Baconmarkt für 1 cwt. in engl. Sh.: Polnische Bacons Nr. 1 sehr mager 70, Nr. 2 mager 67, Nr. 3 66, schwere sehr magere 69, Nr. 2 magere 66, Sechser 66. Polnische Bacons in Hull 70—72, in Liverpool 68—72. Die Zufuhr betrug in der Vorwoche in London 45 287 cwt., wovon auf Polen 7726 cwt. entfielen. Die Preise zeigten eine steigende Tendenz. Das schwache Angebot hat das Anziehen der Preise bewirkt.

Binnenmarkt-Politik belebt Weltwirtschaft.

Die Weltindustrieproduktion. — Der Welthandel.

Das Jahr 1933 bedeutet den Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung, die die Welt vom Taumel der Hochkonjunktur in den Jahren 1928 und 1929 bis zu den tiefsten Tiefen der Krise durchlaufen hat. Es ist über diese Krise, ihre Auswirkungen und ihre Deutung schon so unendlich viel geschrieben worden, daß Autor und Leser sich gleicherweise freuen, nun einmal das neue Thema der Wirtschaftsbesserung anschlagen zu können. Aber zwei Zahlen, die eindringlicher als alles, was in tiefgründigen, gelehrten Darlegungen gesagt werden könnte, die Tiefe des Sturzes veranschaulichen, in den wir alle hineingerissen wurden, darf man wohl trotzdem an den Anfang eines Berichts vom beginnenden Wiederaufstieg stellen:

Im September 1929 stellten die an der Newyorker Börse gehandelten Wertpapiere insgesamt einen Wert von 90 Milliarden Dollar dar. Anfang 1933, im tiefsten Punkt der Krise, war ihr Wert auf 15 Milliarden Dollar

gesunken. Mit Abstufungen in der absoluten Größenordnung, aber im Verhältnis nicht wesentlich davon abweichend, haben die Dinge in anderen Ländern ebenso gelegen.

Das Jahr 1933 ist in der weltwirtschaftlichen Entwicklung ein Jahr der Erholung und der beginnenden Wiederbelebung. Und das, obwohl die letzten auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz unternommenen Versuche, sozusagen auf weltwirtschaftlicher Basis der Not, die alle Länder ergriffen hatte, beizukommen, kläglich scheiterten. Diese Konferenz, auf der 64 Staaten der Erde zusammenkamen, um darüber zu beraten, welche Maßnahmen gemeinsam zur Wiederingangsetzung der gestörten Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen ergriffen werden könnten, läutete in Wirklichkeit

die Sterbekunde der Weltwirtschaft als Idee ein.

Die amerikanische Weigerung, in London über eine Ordnung der Währungsverhältnisse der Welt zu verhandeln, und die Erklärung Roosevelts, daß die Vereinigten Staaten sich zunächst einmal der Gesundung ihrer inneren Kräfte ohne Rücksicht auf die Welt widmen müßten, war das Bekenntnis zu einer Binnenmarktpolitik, die durchzuführen man entschlossen war, selbst wenn sie den weltwirtschaftlichen Beziehungen erneut Schaden zufügen sollte. Und die amerikanische Erklärung entfesselte in einer ganzen Reihe anderer Länder nun erst recht den gleichen hemmungslosen Willen, dem amerikanischen Beispiel zu folgen oder, richtiger gesagt, das fortzusetzen, was man schon vorher zur Abwehr der Weltdeflation und Depression getan hatte.

Großbritannien mit dem ganzen britischen Weltreich hatte mit der Aufgabe der Goldwährung sich von den weltwirtschaftlichen Bewegungen der Krise abzuhängen versucht. Eine ganze Reihe anderer Länder, deren Währung im wesentlichen vom Pfunde abhing, waren dem englischen Beispiel notgedrungen gefolgt. Japan trieb eine rücksichtslose eigensüchtige Wirtschaftspolitik. Deutschland ging als eines der ersten Länder im Frühjahr 1933 zu einer tatkräftigen aktiven Krisenbekämpfung im Inlande durch großzügige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über. Die Wiederaufbaupolitik Roosevelts, die im zweiten Vierteljahr einsetzte, war ebenfalls ganz von nationalistischen, binnenwirtschaftlichen Ideen getragen.

Man hätte glauben sollen, daß diese Verkapselung der einzelnen Länder das Gesamtproblem erschweren müßte. Der jetzt mögliche Überblick über die Entwicklung des Jahres 1933 zeigt das Gegenteil.

Die Weltwirtschaft hat aus der aktiven Binnenmarktpolitik der Länder Nutzen gezogen.

Die steigende Industrietätigkeit in den Verarbeitungsländern belebte die Nachfrage nach Rohstoffen und ermöglichte so einer ganzen Reihe von Agrar- und Rohstoffländern höhere Ausfuhr und eine Steigerung ihrer Kaufkraft, die dann rückwirkend auch den Industrieländern wieder zugute kamen. Wenn Deutschland davon geringeren Nutzen gehabt hat, so deshalb, weil seine Exportbeziehungen vor allem in Europa liegen und weniger in den überseeischen Rohstoffländern.

Das gesamte

Produktionsvolumen der Weltindustrie

liegt im Jahre 1933 um rund 10 Prozent höher als im Vorjahre. Damit ist der Vorkriegsstand der industriellen Warenerzeugung überschritten worden. Allerdings gilt das durchaus nicht für jedes einzelne der Industrieländer, da die Produktionsverteilung infolge des Entstehens vieler neuer Industriestätten eine ganz andere geworden ist. Die Entwicklung war während des ganzen Jahres keineswegs die gleiche, zeigt in einigen Ländern in der zweiten Jahreshälfte erneute Rückschläge, während sie in anderen gerade da starke Auftriebskräfte erkennen läßt. Das deutsche Institut für Konjunkturforschung, das sich mit diesen Dingen in seinem jüngsten Wochenbericht beschäftigt, unterscheidet drei Gruppen von Ländern:

1. Gruppe. In Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Industrieproduktion von der Jahresmitte bis in den November hinein zurückgegangen.
2. Gruppe. In der Tschechoslowakei, Kanada und Chile stagniert die Produktion.
3. Gruppe. In Japan, der UdSSR, Schweden, Polen, Ungarn, Österreich und Deutschland steigt sie, wenn auch verlangsamt, bis in den November hinein an.

Die Verfolgung dieser verschiedenartig verlaufenden Entwicklungslinien ist immerhin für die Beurteilung der künftigen Möglichkeiten in den einzelnen Ländern von Wichtigkeit.

Entgegen der Steigerung der Weltproduktion zeigt der

Welthandel

keine Zunahme, er ist allerdings seit dem ersten Vierteljahr 1933 auch nicht mehr gesunken. Das gesamte Jahresergebnis wird hinter dem des Jahres 1932 etwas zurückbleiben. Die Exportquote der Weltindustrie ist gesunken. Das ist eine unvermeidliche Wirkung der weitgehenden handelspolitischen Abschließung der einzelnen nationalen Märkte und der Rückbildung, die die internationale Arbeitsteilung erfahren hat. Auch das Stocken des Kapitalexports, veranlaßt durch die allgemeine Kredit- und Währungsunsicherheit, muß sich in den Handelsziffern ausdrücken.

Die Hoffnungen, die sich auf die Ergebnisse des Jahres 1933 gründen lassen, können sich weniger auf steile Aufwärtsentwicklung der Konjunkturkurven stützen, als vielmehr darauf, daß ihr Absinken im allgemeinen aufgehalten ist und daß sie in vielen Fällen deutlich und offenbar nachhaltig wieder nach oben zu streben beginnen.

Polnisch-russische Warenaustausch-Verhandlungen.

Am 8. d. M. begannen in Warschau die offiziellen Besprechungen zur Festsetzung des Planes eines Warenaustausches zwischen Sowjetrußland und Polen durch Vermittlung der russischen Handelsgesellschaft „Sowpoltorg“. An den Verhandlungen nehmen teil der Vorsitzende des „Sowpoltorgs“ und der Delegierte des sowjetrussischen Außenhandels-Kommissariats, Firsow. Von polnischer Seite nehmen teil Ziabicki und Grünwald. In der ersten Sitzung wurde die Frage der Aufstellung eines Jahresplanes im russisch-polnischen Warenaustausch erörtert. Man geht dabei von den bisherigen Plänen aus, will jedoch für das Jahr 1934 eine Reihe von Veränderungen einführen, die durch die Erfahrungen der letzten beiden Jahre diktiert werden. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 9. Januar auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Zloty am 8. Januar. Danzig: Ueberweisung 57,75 bis 57,86, bar —,—, Berlin: Ueberweisung gr. Scheine 46,85 bis 47,25. Prag: Ueberweisung 383,00. Wien: Ueberweisung 79,25. Paris: Ueberweisung 287,00, Zürich: Ueberweisung 58,05. Mailand: Ueberweisung 215,00, London: Ueberweisung 29,12.

Warschauer Börse vom 8. Januar. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,75, 124,06 — 123,44, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,05, 173,48 — 172,62, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,00 358,90 — 357,10, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 130,05, 130,70 — 129,40, London *), 29,22 — 28,94, Newyork 5,69½, 5,72½ — 5,66½, Oslo —, Paris 34,86, 34,95 — 34,77, Prag 26,43, 26,40 — 26,37, Riga —, Sofia —, Stockholm 150,20, 150,95 — 149,45, Schweiz 172,43, 172,86 — 172,00, Tallin —, Wien —, Italien 46,78, 46,90 — 46,66.

*) London Umsätze 29,09—29,08.

Freihandelskurs der Reichsmark 211,80.

Berlin, 8. Januar. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,692—2,698, London 13,69—13,72, Holland 168,73—169,07, Norwegen 68,78 bis 68,92, Schweden 70,58—70,72, Belgien 58,24—58,36, Italien 21,98 bis 22,02, Frankreich 16,41—16,45, Schweiz 81,22—81,38, Prag 12,465 bis 12,485, Wien 47,20—47,30, Danzig 81,49—81,65, Warschau 47,05—47,25.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,63 Zl., do. Kanada 5,62 Zl., 1 Pfd. Sterling 28,90 Zl., 100 Schweizer Franken 171,75 Zl., 100 franz. Franken 34,72 Zl., 100 deutsche Mark 210,00 Zl., 100 Danziger Gulden 172,37 Zl., Ital. Lire 46,47 Zl., Belgisch Belgas 123,25 Zl., holländischer Gulden 356,60 Zl.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 9. Januar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	105 to	14.50	Roggenkleie	— to	—.—
Weizen	15 to	19.15	Weizenkleie	— to	—.—
Braugerste	— to	—.—	Speiseerbsen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
	— to	—.—	Sommerwicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Weizenm. 65%	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	14.25—14.50	Bohnen	—.—
Weizen	18.25—18.75	Serradella, neu	12.50—13.50
Braugerste	14.50—15.50	Gelbklee, abgesch.	90.00—100.00
Mahlgerste	13.00—13.25	Weißklee	80.00—100.00
Hafer	12.50—12.75	Rotklee	160.00—190.00
Roggenmehl 65%	21.00—21.75	Fabrikkartoff.p.kg%	0.18½
Weizenmehl 65%	30.50—32.00	Leinkuchen	19.00—20.00
Roggenkleie	10.00—10.50	Rapskuchen	15.50—16.50
Weizenkleie, fein	10.00—10.50	Sonnenblumenkuch.	19.00—20.00
Weizenkleie, grob	10.75—11.25	blauer Mohn	55.00—58.00
Winterraps	40.00—42.00	Senf	32.00—34.00
Peluschken	12.50—13.50	Leinsamen	35.00—37.00
Felderbsen	15.00—17.00	Wicken	12.50—13.50
Speiseerbsen	19.00—20.00	Netzeheu, lose	6.00—6.50
Viktoriaerbsen	21.00—25.00	Netzeheu gepreßt	7.00—7.50
Folgererbsen	20.00—24.00	Roggenstroh, lose	1.25—1.50
blaue Lupinen	5.00—6.00	Roggenstroh, gepreßt	1.75—2.00

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	245 to	Fabrikkartoffel	15 to	Hafer	59 to
Weizen	438 to	Speisekartoffel	— to	Peluschken	— to
Mahlgerste	48 to	blauer Mohn	— to	Grütze	— to
Braugerste	30 to	weißer Mohn	— to	Mischkuchen	— to
Roggenmehl	58 to	Rotklee	— to	Leinsamen	15 to
Weizenmehl	91 to	Weißklee	— to	Mohnkuchen	— to
Viktor.-Erbs.	32 to	Schwedenklee	— to	getr. Zuckerrüb.	— to
Folger-Erbs.	— to	Gelbklee	— to	Nudeln	— to
Feld-Erbsen	— to	Inkarnatklee	— to	Wicken	57 to
Roggenkleie	36 to	Wundklee	— to	Rübensamen	— to
Weizenkleie	75 to	Gerstenkleie	15 to	Schafwolle	15 to
Blaue Lupinen	10 to	Serradella	— to	Gemenge	21 to
Kartoffelflock.	— to	Senf	— to	Baldersb. Erbs.	15 to

Gesamtangebot 1426 to

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 8. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	570 to	14.75	Weizen	30 to	19.20
	15 to	14.68½		15 to	19.00
	15 to	14.65	Roggenkleie	85 to	9.75
	60 to	14.60		15 to	10.00
	15 to	14.50	Weizenkleie	10 to	10.25

Richtpreise:

Weizen	18.50—19.00	Klee, gelb. ohne Schalen	90.00—110.00
Roggen	14.50—14.75	Senf	33.00—35.00
Gerste 695—705 kg	14.00—14.25	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Gerste 675—685 kg	13.50—13.75	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Braugerste	—.—	Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Einheitshafer	12.25—12.50	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Futterhafer	—.—	Heu, lose	—.—
Roggenmehl (65%)	19.50—21.00	Heu, gepreßt	—.—
Weizenmehl (65%)	27.50—32.00	Netzeheu, lose	—.—
Weizenkleie	10.25—11.00	Netzeheu, gepreßt	—.—
Weizenkleie (grob)	11.00—11.50	Blauer Mohn	49.00—54.00
Roggenkleie	9.75—10.75	Leinkuchen	18.50—19.50
Winterraps	43.00—44.00	Rapskuchen	16.00—16.50
Sommerwicke	14.00—15.00	Sonnenblumenkuchen 46—48%	18.50—19.50
Peluschken	14.00—15.00	Sojaschrot	23.00—23.50
Viktoriaerbsen	22.00—25.00		
Folgererbsen	21.00—23.00		
Fabrikkartoff.p.kg%	—.—		
Seradella	13.00—14.50		
Klee, rot	170.00—210.00		
Klee, weiß	75.00—110.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 890 to, Weizen 1165.5 to, Gerste 408.5 to, Roggenmehl 247 to, Weizenmehl 58,5 to, Roggenkleie 160 to, Weizenkleie 220 to, Rapsöl 15 to, Sonnenblumenkuchen 7,5 to, Seradella 15 to, Folgererbsen 32 to, Viktoriaerbsen 30 to, Kartoffelflocken 30 to, Senf 15 to, Gelbklee 2 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Mahl- und Braugerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Warschau, 8. Januar. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Einheitsroggen 14,25—14,75, Einheitsweizen 20,50—21,00, Sammelweizen 20,00—20,50, Einheitshafer 12,50—13,00, Sammelhafer 12,00—12,50, Braugerste 15,00—15,50, Mahlgerste —.—, Grützgerste 13,25—13,50, Speisefelderbsen 20,00—22,00, Viktoriaerbsen 25,00—30,00, Winterraps 42,00—44,00, roher Rotklee ohne dicke Flachsseide 140,00—160,00, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 180,00—190,00, roh. Weißklee 70,00—80,00, roh. Weißklee bis 97% ger. 80,00—100,00, Luxus-Weizenm. (45%) 1. Sorte 35,00—40,00, Weizenm. (65%) 1. Sorte 30,00—35,00, Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 25,00—30,00, Weizenmehl 3. Sorte 17,00—23,00, Roggenmehl I (55%) 24,00—25,00, Roggenmehl I (65%) 23,00—24,00, Roggenmehl II 17,50—18,50, Roggenmehl III 18,00—19,00, grobe Weizenkleie 11,00—11,50, mittlere 10,00—10,50, Roggenkleie 9,00—9,50, Leinkuchen 18,00—18,50, Rapskuchen 14,25—14,75, Sonnenblumenkuchen 18,00—18,50, doppelt gereinigte Seradella 11,00—12,00, blaue Lupinen 6,00—6,50, gelbe —,—, Peluschken 13,50—14,00, Wicken 13,50 bis 14,50, Winterrübsen 39,00—41,00, Sommerrübsen 41,00—43,00, blauer Mohn 50,00—55,00, Leinsamen 39,00—40,00, Soja-Schrot 23,00 bis 23,50, Fabrikkartoffel 4,00—4,25.

Umsätze 3843 to, davon 2380 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Bromberger Sämereipreise. Bromberg, 8. Januar. Firma St. Szukalski, Bydgoszcz, notierte in den letzten Tagen pro 100 kg: Rotklee 130—190, Weißklee 80—110, Schwedenklee 80—110, Gelbklee enth. 75—95, Gelbklee i. Kappen 40—45, Wundklee 90—115, Inkarnatklee 65—75, englisches Raygras 40—55, Timothee 23—28, Seradella 9—11, Sommerwicken 12,00—14,00, Peluschken 12—14, Winterwicken 30—40, Viktoriaerbsen 20—24, Felderbsen 15—17, Folgererbsen 20—24, Raps 41—45, Rübsen 38—42, Leinsaat 36—40, Weißmohn 60—70, Blaumohn 50—58, Senf 16—18, Buchweizen —,—, gelbe Lupinen 7.50—8.50, blaue Lupinen 6.50—7.50.

Danziger Getreidebörse vom 8. Januar. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pfd., Konsum, 11,60, Roggen, Export, —,—, Roggen 9,00—9,10, Gerste, feine 9,75—10,25, Futtergerste 8,80—9,50, Hafer 8,20—8,60, Viktoriaerbsen 13,50—16,75, grüne Erbsen 13,25—16,25, Roggenkleie 6,60, Weizenkleie 7,25—7,50, Peluschen 8,00—8,75, Wicken 8,50—9,00 G. per 100 kg frei Danzig.

Das Geschäft konnte noch nicht in Gang kommen. Für 115 pfd. Durchschnittsgerste wurden zum Export Preise von G. 8,80 per 100 kg genannt.

Roggen ist **mit G. 9,00 verkäuflich, während guter Weizen mit G. 11,60 abzusetzen ist.**